

RELOCATE - Absiedlung von hochwassergefährdeten Haushalten im Eferdinger Becken: Begleitforschung zu sozialen Folgewirkungen

Universität Graz
Wegener Center
für Klima und Globalen Wandel



Diese Publikation sollte folgendermaßen zitiert werden:

Seebauer, S., Babicky, P. (2016): Absiedlung von hochwassergefährdeten Haushalten im Eferdinger Becken: Begleitforschung zu sozialen Folgewirkungen. Endbericht von StartClim2015.B in StartClim2015: Weitere Beiträge zur Umsetzung der österreichischen Anpassungsstrategie, Auftraggeber: BMLFUW, BMWF, ÖBf, Land Oberösterreich

Wien, im Juli 2016

StartClim2015.B

Teilprojekt von StartClim2015

Projektleitung von StartClim2015:

Universität für Bodenkultur, Department für Wasser – Atmosphäre – Umwelt

Institut für Meteorologie, Peter Jordan-Straße 82, 1190 Wien

URL: www.startclim.at

StartClim2015 wurde aus Mitteln des BMLFUW, des BMWF, der ÖBf und des Landes Oberösterreich gefördert.

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	5
Abstract 5	
Zusammenfassung	6
B-1 Einleitung	9
B-1.1 Gegenstand und Fragestellung	9
B-1.2 Zielsetzung	10
B-1.3 Stand der Forschung	10
B-2 Fallstudiengebiet	12
B-2.1 Beschreibung des Fallstudiengebiets	12
B-2.2 Risikokarte und Absiedlungszone	14
B-2.3 Übersicht Hochwassereignisse	14
<i>B-2.3.1 Entwicklungen nach der Hochwasserkatastrophe 2002</i>	<i>14</i>
<i>B-2.3.2 Ablauf Hochwasserkatastrophe 2013</i>	<i>15</i>
B-2.4 AkteurInnen und Rollen im Fallstudiengebiet	15
<i>B-2.4.1 Politische AkteurInnen</i>	<i>15</i>
<i>B-2.4.2 Verbund AG</i>	<i>16</i>
<i>B-2.4.3 Zivilgesellschaftliche AkteurInnen</i>	<i>16</i>
<i>B-2.4.4 AkteurInnen aus dem NGO-Bereich</i>	<i>16</i>
B-2.5 Hochwasserschutz im Eferdinger Becken	17
B-2.6 Absiedlungsprojekt Rahmenbedingungen	17
<i>B-2.6.1 Förderbedingungen</i>	<i>17</i>
<i>B-2.6.2 Schätzgutachten</i>	<i>17</i>
<i>B-2.6.3 Prozess der Absiedlung</i>	<i>17</i>
<i>B-2.6.4 Einschränkungen für verbleibende Haushalte im Absiedlungsgebiet</i>	<i>18</i>
B-3 Erhebungsmethode	20

B-3.1	Zeitlicher Ablauf der Erhebung -----	20
B-3.2	Organisatorischer Ablauf der Erhebung -----	20
B-3.3	Rekrutierung der Haushalte -----	20
	<i>B-3.3.1 Schritt 1: Aussendungen über die Gemeinden</i> -----	<i>21</i>
	<i>B-3.3.2 Schritt 2: Persönliche Kontaktaufnahme am Wohngebäude</i> -----	<i>21</i>
	<i>B-3.3.3 Schritt 3: Terminvereinbarung</i> -----	<i>21</i>
B-3.4	Durchführung der Interviews -----	21
B-3.5	Eingesetzte Erhebungsinstrumente -----	22
	<i>B-3.5.1 Leitfaden und Themenblöcke</i> -----	<i>23</i>
	<i>B-3.5.2 Netzkarte Nachbarschaft</i> -----	<i>23</i>
	<i>B-3.5.3 Standardisierter Fragebogen</i> -----	<i>24</i>
B-3.6	Stichprobenbeschreibung -----	25
B-4	Ergebnisse -----	26
B-4.1	Auswertungsmethode -----	26
B-4.2	Bewertungsdimensionen und Kapazitäten -----	26
B-4.3	Bewertungsdimensionen -----	27
	<i>B-4.3.1 Risikobewertung</i> -----	<i>27</i>
	<i>B-4.3.2 Wirtschaftliche Bewertung</i> -----	<i>30</i>
	<i>B-4.3.3 Emotionale Bewertung</i> -----	<i>32</i>
B-4.4	Kapazitäten und Prozesse -----	33
	<i>B-4.4.1 Soziale Kapazitäten und Prozesse</i> -----	<i>33</i>
	<i>B-4.4.2 Persönliche Kapazitäten und Prozesse</i> -----	<i>35</i>
	<i>B-4.4.3 Finanzielle und rechtliche Kapazitäten und Prozesse</i> -----	<i>36</i>
	<i>B-4.4.4 Politische Prozesse</i> -----	<i>37</i>
B-5	Handlungsoptionen -----	39
B-5.1	Kommunikationsbezogene Handlungsoptionen -----	40
B-5.2	Umsetzungsbezogene Handlungsoptionen -----	42
B-5.3	Handlungsoptionen aus Sicht der Verwaltung -----	43
B-6	Schlussfolgerung und Ausblick -----	46
	Literaturverzeichnis -----	47
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis -----	50

Kurzfassung

Der Hochwasserschutz steht vor großen Herausforderungen, nicht zuletzt durch die erwartete Zunahme von Extremwetterereignissen infolge des Klimawandels. Neben konventionellen Hochwasserschutzmaßnahmen wird die Absiedlung von Haushalten aus hochwassergefährdeten Gebieten zunehmend als Alternative diskutiert. Es fehlt aber bisher an systematischer Begleitforschung, wie Absiedlungsprozesse gestaltet werden können, um negative soziale Folgewirkungen zu minimieren und politische Akzeptanz zu erhöhen.

Im Eferdinger Becken (OÖ) mussten sich 146 Haushalte bis Ende 2015 für oder gegen die Annahme eines Absiedlungsangebots entscheiden. Vor Ablauf dieser Entscheidungsfrist wurden im Rahmen des Projektes RELOCATE Interviews mit 78 betroffenen Haushalten geführt, um deren individuelle Entscheidungsfindung, erlebte Fairness sowie Risikobewertung herauszuarbeiten. In einem Folgeprojekt werden Haushalte weiter begleitet und jährlich befragt, um langfristige soziale Folgewirkungen zu erfassen und analysieren.

In die Entscheidung für oder gegen die Absiedlung fließen seitens der betroffenen Haushalte Bewertungen des Hochwasserrisikos und der wirtschaftlichen Folgen, aber auch emotionale Aspekte ein. Meist wird das letzte erlebte Hochwasser herangezogen, um die Gefährdung der eigenen Gebäude einzuschätzen. In die wirtschaftliche Bewertung spielen neben der Höhe des Absiedlungsangebots auch die Verhältnisse am regionalen Immobilienmarkt mit hinein, d.h. aktueller Grundstücks- und Gebäudewert, bzw. ob diese veräußert werden könnten. Aber auch die eigenen Lebensumstände, z.B. kürzliche Familiengründung, Erwerbstätigkeit, Ruhestand und die Interessen der Kinder werden bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt. Diese gefühlsmäßige Bewertung ist stark geprägt von der Verbundenheit mit dem speziellen Ort, Haus oder Hof und damit, wie sehr die Entscheidung für oder gegen die Absiedlung die Vorstellungen vom eigenen Leben oder der erwarteten Wohnsituation in Frage stellen. PolitikerInnen und Behörden haben in einer auf der Vernunftebene geführten Diskussion nur kleine Ausschnitte der Risikobewertungen und der wirtschaftlichen Überlegungen der Betroffenen angesprochen, und die emotionale Ebene beinahe gänzlich ausgelassen.

In einem engeren, persönlichen Kontakt mit den Haushalten könnten persönliche Sichtweisen besser zum Ausdruck gebracht werden. Bei zukünftigen Absiedlungsprojekten sollte daher eine Person oder Institution den politischen Prozess zwischen allen Beteiligten mit Einfühlungsvermögen, neutral und glaubwürdig moderieren. Dennoch sollten alle an dem Prozess Beteiligten Verantwortung für das Gelingen einzelner Teile des Prozesses übernehmen, etwa hinsichtlich der Erwartungen, der Beteiligung, der Transparenz und der Ermächtigung zu für den Einzelnen befriedigenden Entscheidungen.

Abstract

Flood risk management faces major challenges due to the expected increase of intensity and frequency of extreme weather events caused by climate change. Against this backdrop, planned relocation of flood-prone households is increasingly being debated as an alternative to conventional flood protection measures. Until to date, however, there is a lack of accompanying research on how relocation processes can be designed in order to reduce negative social impacts and increase political acceptance.

In the Eferding Basin (Upper Austria), 146 private households had to decide to either accept or reject a relocation offer until the end of 2015. Prior to this deadline, we conducted interviews with 78 relocation households to identify their individual decision-making processes, perceived fairness and risk perception. In a follow-up project, these households will be observed in yearly interviews to capture and analyse long-term social impacts.

Relocation households take risk judgments, economic consequences and emotional aspects into account when deciding to accept or reject a relocation offer. Often, these households call

on their experiences with the most recent flood event to determine future flood risks at their own buildings. With respect to economic consequences, households take the offered compensation amount and the housing market situation into account (e.g. current land and property prices; chances to sell their properties). Also, personal circumstances, such as recent family foundation, employment, retirement or the prospects of one's children are considered. This emotionally driven appraisal is also shaped by the personal attachment with a specific place, house or farmyard and by the extent to which the available options (relocate or stay) threaten one's own ideas about life and expectations about an ideal housing situation. Throughout the relocation project, politicians and public authorities have led a primarily rational debate that only marginally touched on households' risk perceptions and economic considerations, let alone emotional aspects.

A more personal contact would give relocation households the opportunity to better express their individual perspectives and considerations with respect to the relocation and regional flood hazards. Future relocation projects should therefore consider to engage a person or institution to moderate the relocation process between all involved parties in an empathic, neutral and trustworthy manner. Nevertheless, all parties need to take responsibility for the realisation of specific parts of the process – such as expectations, participation, transparency and empowerment to take individually favourable decisions.

Zusammenfassung

Der Hochwasserschutz steht vor großen Herausforderungen: Zunehmende Gebäude- und Sachwerte in Risikozonen erhöhen das Schadenspotenzial bei Hochwasserereignissen, während klimawandelbedingt eine Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen zu erwarten ist. Darüber hinaus schränken knappe öffentliche Budgets den Spielraum für die Errichtung und Instandhaltung technischer Schutzmaßnahmen ein. Die Absiedlung von Haushalten aus hochwassergefährdeten Gebieten wird daher zunehmend als Alternative zu konventionellen Hochwasserschutzmaßnahmen diskutiert. Während die rechtlichen Rahmenbedingungen der Absiedlung weitgehend geklärt sind, weist die öffentliche Diskussion in den betroffenen Gemeinden und in den Medien auf hohe Konfliktpotenziale hin. Es fehlt aber bisher an systematischer Begleitforschung, wie Absiedlungsprozesse gestaltet werden können, um negative soziale Folgewirkungen zu minimieren und um die politische Akzeptanz zu erhöhen.

In der Absiedlungszone Eferdinger Becken (OÖ) mussten sich 146 Haushalte bis Ende 2015 entscheiden, ob sie ein Absiedlungsangebot annehmen oder nicht. RELOCATE führte vor Ablauf dieser Entscheidungsfrist semi-strukturierte, leitfadengestützte Tiefeninterviews mit 78 dieser Haushalte durch und erfasste deren individuelle Entscheidungsfindung, erlebte Fairness sowie Risikobewertung. Zusätzlich wurden nachbarschaftliche Netzwerke durch eine Netzkarte abgebildet sowie ein standardisierter Fragebogen für bessere Vergleichbarkeit mit anderen Gemeinden und Bevölkerungsgruppen vorgelegt. Damit zeigt RELOCATE einerseits die Meinungsbildung für/gegen eine Absiedlung sowie die Einschätzung des politischen Prozesses aus Sicht der Betroffenen auf. Andererseits dient diese Befragung vor der tatsächlichen Absiedlung als erste Erhebungswelle für eine Längsschnittuntersuchung der langfristigen Folgewirkungen im Rahmen des ACRP-Folgeprojekts RELOCATE2016-2018.

Die Entscheidung für oder gegen die Absiedlung wird seitens der betroffenen Haushalte auf Basis der Risikoeinschätzung, sowie wirtschaftlichen und emotionalen Faktoren getroffen. Themen, die diese Bewertungsdimensionen zuzuordnen sind, werden von Haushalten im Rahmen der Entscheidungsfindung herangezogen und resultieren entweder in einer positiven oder negativen Einstellung gegenüber der Absiedlungsmöglichkeit.



Bewertungsdimensionen in der Absiedlungsentscheidung (reduzierte Darstellung von Abb. B- 12).

Haushalte formulieren keine klaren *Risikoerwartungen* im Sinne von Wahrscheinlichkeit und Schadenshöhe, sondern ziehen das letzte erlebte Hochwasser heran, um die Gefährdung ihrer Gebäude einzuschätzen. Dabei spielen Vermutungen und Gerüchte eine Rolle, wie etwa, dass der Verlauf der Hochwasserkatastrophe 2013 wesentlich durch gezielte Kraftwerkssteuerung beeinflusst war, um die Stadt Linz zu schützen und den Machland-Damm zu entlasten. Demgegenüber vertreten politische AkteurInnen und ExpertInnen ein vorrangig technisch und naturwissenschaftlich geprägtes, auf die gesamte Region bezogenes Verständnis von Hochwasserrisiken.

In die *wirtschaftliche Bewertung* fließen neben der Höhe des Absiedlungsangebots auch die Verhältnisse am regionalen Immobilienmarkt, die eigene Lebensphase (Familiengründung, Erwerbstätigkeit oder Ruhestand), und die Interessen der Kinder mit ein. Haushalte kritisieren, dass das Bauverbot in der Absiedlungszone zu einem deutlichen Wertverlust der Grundstücke und Wohnobjekte geführt hat, und dass im Absiedlungsangebot keine Ablöse für das Grundstück vorgesehen ist. Die Entscheidungsfristen für/gegen die Absiedlung werden meist als angemessen bewertet, allerdings wird bemängelt, dass es bis Ende 2015 noch keine verbindlichen Pläne zum technischen Hochwasserschutz im Eferdinger Becken gab, und damit manche Haushalte ihre künftigen Risiken beim Verbleib in der Absiedlungszone nicht einschätzen konnten.

Die *emotionale Bewertung* ist geprägt von Ortsverbundenheit und einer erlebten Bedrohung von Lebensentwürfen und Wohnvorstellungen. Viele fühlen sich aufgrund ihrer Familienhistorie oder ihrer sozialen Netzwerke an den Wohnort gebunden; eine Absiedlung wird als Entwurzelung und Verletzung eines Teils der Selbstidentität erlebt. Dass man für das Grundstück keine Ablöse erhält, und dass die Festlegung der Absiedlungszone zu einem de-facto Wertverlust am Immobilienmarkt geführt hat, wird als versteckte Enteignung erlebt. Manche

Haushalte befürchten eine Stigmatisierung durch die Absiedlung, etwa indem Nicht-AbsiedlerInnen bei einem zukünftigen Hochwasser weniger gesellschaftliche Unterstützung erfahren könnten.

Die politischen AkteurlInnen thematisierten in einem rationalisierten Diskurs nur kleine Ausschnitte der Risiko- und wirtschaftlichen Bewertung, und klammerten die emotionale Bewertungsdimension beinahe gänzlich aus.

Kapazitäten und Prozesse beschreiben Hintergrundmerkmale, welche die Bewertungen beeinflussen. *Soziale Kapazitäten* umfassen z.B. Hilfeleistungen während der Vorbereitung in der Frühwarnphase als auch während der Wiederaufbauphase des Hochwassers sowie Informationsaustausch und koordiniertes Vorgehen bei Behördengängen oder Bauplanung am neuen Wohnort. Die Absiedlung belastet aber teilweise auch Nachbarschaftsbeziehungen, weil daran alte Konflikte und Schuldzuschreibungen neu aufleben, oder indem früher unbeschwerte soziale Kontakte vom Absiedlungsthema überschattet werden.

Persönliche Kapazitäten sind z.B. vorausschauendes, eigeninitiatives und strategisches Handeln, das zusätzliche Ressourcen und Handlungsoptionen für den eigenen Haushalt mobilisiert. Betroffene mit hoher psychischer Resilienz können mit der Absiedlungsthematik besonnen und zielorientiert umgehen. In alteingesessenen Familien, die bereits seit Generationen im Eferdinger Becken leben, wird praktisches Handlungswissen zur Hochwasserbewältigung intergenerational weitergegeben – diese Haushalte sehen oft weniger Probleme im Verbleib vor Ort.

Zu den *finanziellen und rechtlichen Kapazitäten* zählt z.B. das Einkommen und eventuelle Rücklagen der Haushalte, Wohnrecht und nomineller Status als ObjekteigentümerIn, sowie das Verständnis der rechtlichen Situation.

Die im Rahmen des Projektes erarbeiteten *Handlungsoptionen* konzentrieren sich vor allem auf den Gestaltungs- und Kommunikationsprozess in Zusammenhang mit einem Absiedlungsprojekt. In einem zivilgesellschaftlichen Diskurs sollen die AkteurlInnen Politik und Verwaltung, Gutachter und Kraftwerksbetreiber, BürgerInnen, sowie Nicht-Regierungsorganisation Verantwortung für das Gelingen einzelner Elemente des Diskurses übernehmen.

In einem engeren, persönlichen Kontakt mit den Haushalten könnten diese ihre persönlichen Sichtweisen besser zum Ausdruck bringen. Bei Absiedlungen sollte daher eine Person oder Institution den politischen Prozess zwischen allen Beteiligten empathisch, neutral und glaubwürdig moderieren. Zeitgerechte, klare und verbindliche Aussichten sollen angeboten werden, und vorschnelle Versprechen nicht ungerechtfertigte Erwartungen schüren. Durch Einbindung der Betroffenen und ihrer Erfahrungen mit Hochwasser in Gesprächsrunden können kleinräumige und damit bürgernahe Konzepte zum Umgang mit Risiko und zur Nutzung der Flächen in der Region erarbeitet werden. PolitikerInnen und Behörden sollten die Kriterien, aufgrund derer sie zu ihren Entscheidungen kommen, offenlegen und zur Debatte stellen. Nicht zuletzt kann eine Analyse der Vor- und Nachteile von Absiedlung gegenüber anderen Optionen im Hochwasserschutz die Entscheidungen erleichtern, insbesondere wenn materielle Anreize für die Absiedlung durch eine Ablöse des Grundstücks und ein breites Angebot an Ersatzgrundstücken verbessert werden.

B-1 Einleitung

Der Hochwasserschutz steht vor großen Herausforderungen: Zunehmende Gebäude- und Sachwerte in Risikozonen erhöhen das Schadenspotenzial bei Hochwasserereignissen, während klimawandelbedingt eine Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Extremwetterereignissen zu erwarten ist (APCC 2014). Darüber hinaus schränken knappe öffentliche Budgets den Spielraum für die Errichtung und Instandhaltung technischer Schutzmaßnahmen ein. Die Absiedlung von Haushalten aus hochwassergefährdeten Gebieten wird daher zunehmend als Alternative zu konventionellen Hochwasserschutzmaßnahmen diskutiert.

B-1.1 Gegenstand und Fragestellung

Oberösterreich hat durch zwei groß angelegte Absiedlungsprojekte eine österreichweite Vorreiterrolle in diesem Bereich eingenommen: Im Machland und im Eferdinger Becken wurden und werden Absiedlungen von mehreren hundert Haushalten koordiniert. Weite Teile des Eferdinger Beckens liegen gemäß HORA (Natural Hazard Overview and Risk Assessment Austria) in HQ30-Risikozonen, was einer „hohen Gefährdung“ entspricht.

Während die rechtlichen Rahmenbedingungen der Absiedlung weitgehend geklärt sind (z. B. Abtretung von Bebauungsrechten, Erstellung von Schätzgutachten des abzulösenden Gebäudewerts, Auszahlung von Förderungen), weist die öffentliche Diskussion in den betroffenen Gemeinden und in den Medien auf hohe Konfliktpotenziale hin. Die Entscheidungsprozesse von betroffenen Haushalten und die sozialen Folgewirkungen von Absiedlungsmaßnahmen sind weitgehend unklar (Habersack et al. 2009). Das sozialpsychologische Begleitforschungsprojekt RELOCATE soll diese Lücke schließen und die im Rahmen der Absiedlung im Eferdinger Becken gewonnenen Erfahrungen aufbereiten und systematisch analysieren.

RELOCATE steigt in einen laufenden Diskurs über Hochwasserrisikomanagement ein. Das Hochwasser im Juni 2013 hat zu intensiven und emotionalen Aushandlungsprozessen zwischen Politik und Verwaltung auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene geführt. Betroffene BürgerInnen formierten sich zu Bürgerinitiativen, mit reger Aktivität in Demonstrationen, konventionellen und sozialen Medien. Informationsveranstaltungen auf Gemeindeebene boten ein partizipatives Forum. Sozialarbeiterische Betreuung von Hochwasseropfern hatte sich zu einer Servicestelle der Hilfsorganisation Caritas für Menschen in Absiedlungsgebieten weiterentwickelt. Der Diskurs umfasste Ursachen- und Verantwortungszuschreibung sowie die Handlungsmöglichkeiten und -pflichten der verschiedenen AkteurInnen. Im sozialen Gefüge der hochwassergefährdeten Haushalte kristallisierten sich zahlreiche Spannungsfelder rund um Solidarität, Interessensgemeinschaften und ein Aufbrechen alter Konflikte.

Im Rahmen von RELOCATE wurden folgende Fragestellungen behandelt:

- Wie bewerten hochwassergefährdete Haushalte die Absiedlung im Vergleich zu anderen Optionen im privaten/öffentlichen Hochwasserschutz? Wie wird die Entscheidung für oder gegen eine Absiedlung von Risikowahrnehmung und – erfahrung, Verantwortungszuschreibung, vom sozialen Umfeld, von verschiedenen institutionellen AkteurInnen und von der öffentlichen Meinungsbildung beeinflusst? (Schutzmotivation, Bewältigungsstrategien)
- Nach welchen Kriterien bewerten die Betroffenen und ihre MitbürgerInnen die Absiedlung als gerecht und ausgewogen? Welche Rolle spielen Emotionen wie Angst, Mitgefühl oder Neid? (prozedurale und distributive Fairness)
- Wie verändern sich die sozialen Beziehungen zwischen Nachbarn durch die Absiedlung? Kommt es zu einem Verlust oder Steigerung an Lebensqualität? (Sozialkapital)

B-1.2 Zielsetzung

RELOCATE nähert sich den komplexen Stakeholder-Interaktionen aus der Perspektive der hochwassergefährdeten Haushalte. Das Projekt beleuchtet die individuellen Entscheidungsprozesse und den sozialen Diskurs. Es ist davon auszugehen, dass sich das Ausmaß der Folgewirkungen von Absiedlungsprojekten erst im Laufe der Jahre nach der Umsetzung entfalten wird. Eine fundierte Begleitforschung ist daher methodisch auf wiederholte Befragungen im Längsschnitt angewiesen.

Die Absiedlungszone im Eferdinger Becken wurde im Oktober 2013 bekanntgegeben. Insgesamt mussten sich 146 betroffene Haushalte bis Jahresende 2015 entscheiden, ob sie das Absiedlungsangebot annehmen; kurz vor Jahresende wurde die Frist um ein weiteres halbes Jahr verlängert, diese Option wurde aber nur von wenigen Haushalten genutzt. Für RELOCATE war es essenziell, eine Vorher-Befragung noch vor Ablauf der Entscheidungsfrist durchzuführen, um einen zuverlässigen Vergleichswert zu späteren Messzeitpunkten zu erhalten. RELOCATE versteht sich als „sozialwissenschaftliche Spurensicherung“, und legt als erste Erhebungswelle die Datengrundlagen für die Analyse längerfristiger Auswirkungen im Rahmen des ACRP-Folgeprojekts RELOCATE2016-2018.

B-1.3 Stand der Forschung

Für Österreich wird mit einer klimawandelbedingten Zunahme der Häufigkeit und Intensität von Hochwasserkatastrophen gerechnet (APCC 2014). Die schweren Hochwassereignisse in den letzten Jahren (insbesondere 2013) haben bei zahlreichen politischen EntscheidungsträgerInnen zu einem Umdenken von konventionellem Hochwasserschutz hin zu integriertem Hochwasser-Risikomanagement geführt. Diese Neuausrichtung schlägt sich in lokalen Risikoplänen ebenso wie in nationalen Strategien nieder (BMLFUW 2012a, 2012b).

In Expertenkreisen wird zunehmend die Möglichkeit der Absiedlung von Haushalten aus gefährdeten Siedlungsräumen als Alternative zu technischen Schutzmaßnahmen diskutiert – mit dem Ziel Überflutungsräume mit geringem Schadenspotenzial zu schaffen (de Sherbinin et al. 2011; Kates et al. 2012) und um hohe Kosten für Errichtung und Erhalt technischer Maßnahmen zu vermeiden. Dennoch werden Absiedlungen von Entscheidungsträgerinnen aufgrund hoher Skepsis und Unsicherheiten hinsichtlich sozialer Folgewirkungen (López-Carr & Marter-Kenyon 2015) nur selten in Erwägung gezogen. Obwohl die geplante Absiedlung (*planned relocation*) allgemein als eine der effektivsten Hochwasserschutzmaßnahmen gilt, wird diese Maßnahme vor allem in westlichen Nationen nur selten umgesetzt (Perry et al. 1997); einige wenige Initiativen existieren in Australien (Handmer 1987), Deutschland (Kuhlicke 2008), England (Johnson et al. 2008) oder in den USA (Esnard et al. 2011). In ökonomisch benachteiligten Ländern hingegen, sind (z. T. verpflichtende) Absiedlungen und ungeplante, klimawandelbedingte Migration deutlich häufiger zu beobachten (de Sherbinin et al. 2011; McDowell 2013). Vergleichbare soziale Problemlagen durch Umsiedlungen treten u.a. in Tagbau-Gebieten auf, wie etwa bei der Braunkohle-Gewinnung in Deutschland und Polen oder bei Diamant-Minen in Afrika (Linke & Schiffer 2002, Terminski 2012).

Das Ziel von Absiedlungsprojekten ist die permanente Reduktion potenzieller Schäden im Hochwasser-Abflussbereich (Habersack et al. 2009; de Sherbinin et al. 2011; Kates et al. 2012). Diese wird durch die Absiedlung der EigentümerInnen von baulichen Objekten und den Abbruch der Objekte erreicht. Trotz der attestierten Wirksamkeit dieser Maßnahme, ist sie vor allem rechtlich, sozial und ökonomisch umstritten (Johnson et al. 2008). Haushalte, die von Absiedlungsmaßnahmen betroffen sind, müssen mit tiefgehenden Änderungen in ihrem Lebensalltag rechnen. Perry & Lindell (1997) betonen die Schwierigkeiten, die mit der Überwindung der emotionalen Verbundenheit mit Haus, Grundstück und Wohnort verbunden sind, aber auch die hohen finanziellen Belastungen, den Verlust lokaler sozialer Netzwerke und den Aufbau nachbarschaftlicher Bezie-

hungen am neuen Wohnort. Die negativen sozialen Folgewirkungen, die Sorge vor öffentlichem Widerstand und fehlender Akzeptanz in der Bevölkerung lassen politische AkteurInnen zögern, Absiedlungen als Hochwasserschutzmaßnahme zu erwägen (López-Carr & Marter-Kenyon 2015).

Erfahrungen aus früheren Absiedlungsprojekten haben gezeigt, dass es sich bei Absiedlungsmaßnahmen um komplexe Prozesse handelt, die über finanzielle Abfertigung und die bloße Bereitstellung von Ersatzgrundstücken und -unterkünften hinausgehen (Okada et al. 2014). Absiedlungen scheitern häufig daran, dass Betroffene sich weigern, auszusiedeln (Imura & Shaw 2009). Trotz der weitläufigen Auffassung, dass Absiedlungsmaßnahmen soziale Netzwerke zerschlagen (Sanders et al. 2004), finanzielle Notlagen auslösen (Hori & Schafer 2009), psychische Belastungen hervorrufen (Blaze & Shwalb 2009) und soziale Gemeinschaften auflösen können (Binder et al. 2015), ist die Anzahl systematisierter wissenschaftlicher Erkenntnisse in diesem Bereich erstaunlich gering (Erikson 1994; Kirschenbaum 1996; Sipe & Vella 2014; Binder et al. 2015; Ferris 2015). Bis dato existieren nur wenige Studien, die versucht haben, die unterschiedlichen Dimensionen (Correa et al. 2011), Prozesse (Imura & Shaw 2009) und Erfolgsfaktoren (Keraminiyage & Piyatadsananon 2013) von Absiedlungen zu beschreiben.

Mit dem physischen Zurücklassen von Haus oder Wohnung werden häufig auch Traditionen, Erinnerungen und Gefühle von Eigentümer- und Urheberschaft ("Ich habe dieses Haus mit meinen eigenen Händen errichtet") aufgegeben, die mit der spezifischen Örtlichkeit verbunden sind (Proshansky et al. 1983; Richter & Goller 2008; Devine-Wright 2013). In den USA etwa, ist die Akzeptanz von Absiedlungen als Hochwasserschutzmaßnahme eher gegeben als in anderen Ländern, da die Wohnmobilität generell höher ist, und sich Betroffene weniger entwurzelt fühlen, wenn sie gezwungen sind, ihren Wohnort zu wechseln (Kuhlicke 2008).

Eine entscheidende Ressource, um sich an Naturgefahren anzupassen, stellt das in der Nachbarschaft vorhandene Sozialkapital dar, also die sozialen Normen, das Vertrauen und die sozialen Netzwerke von Haushalten (Cutter et al. 2003; Pelling & High 2005; Kuhlicke et al. 2011; Aida et al. 2013). Der Wiederaufbau von sozialen Beziehungen fällt jedoch vielen abgesiedelten Haushalten schwer, da durch eine neue räumliche Verteilung und höhere Alltagsdistanzen die Beziehungen zwischen Nachbarn und Familienmitgliedern zerschlagen werden können (Baker & Arthurson 2007; Passerini 2000; Perry & Lindell 1997; Sanders et al. 2004). Genauere wissenschaftliche Erkenntnisse in Bezug auf die Auswirkungen von Absiedlungsmaßnahmen auf die Dynamik von *strong vs. weak ties* (Granovetter 1973) und *bonding vs. bridging capital* (Putnam 2000) existieren derzeit noch nicht.

Das Projekt RELOCATE soll dazu beitragen, die oben genannten Wissenslücken zu schließen, indem es die Frage nach den kurz-, mittel- und langfristigen sozialen Konsequenzen von Absiedlungsmaßnahmen in den Mittelpunkt rückt. Der vorliegende Bericht fasst die dominante Sichtweise der Betroffenen vor der tatsächlichen Absiedlung zusammen. Wie weit sich diese Sichtweisen verlagern, wie weit Erwartungen erfüllt oder revidiert werden, sowie zu welchen Veränderungen es bei Ortsverbundenheit, sozialen Beziehungen etc. kommt, wird sich in den anschließenden Erhebungswellen des ACRP-Folgeprojekts RELOCATE2016-2018 zeigen.

Dieser Bericht von RELOCATE vermittelt die Perspektiven der betroffenen BürgerInnen in der Absiedlungszone Eferdinger Becken im Jahr 2015, in Hinblick auf die Rahmenbedingungen und Vorgaben, wie das dortige Absiedlungsprojekt umgesetzt wurde. In Abschnitt B-5.3 werden die kontrastierenden Perspektiven und Erfahrungen von Verwaltung und Politik skizziert. Ein breiterer Fokus auf involvierte Akteursgruppen und andere Absiedlungsgebiete wird jedoch erst im Folgeprojekt RELOCATE2016-2018 eingenommen.

B-2 Fallstudiengebiet

B-2.1 Beschreibung des Fallstudiengebiets

Die nachfolgenden Eckdaten zum Fallstudiengebiet wurden größtenteils aus dem Bericht "Raumeinheit Eferdinger Becken" der oberösterreichischen Landesregierung (2007) entnommen.

Das Eferdinger Becken liegt an der oberösterreichischen Donau, westlich und flussaufwärts von Linz, und umfasst die Bezirke Eferding, Linz-Land und Urfahr-Umgebung. Die räumliche Ausdehnung der Beckenlandschaft beträgt 118,5 km² und erstreckt sich über eine Länge von 17,5 km von Ottensheim (Osten) bis Aschach an der Donau (Westen) und über eine Breite von 4 bis 10 km. Abb. B- 1 zeigt die geographische Lage des Eferdinger Beckens innerhalb des Bundeslands Oberösterreich.



Abb. B- 1: Fallstudienregion Eferdinger Becken in Oberösterreich

Zur Raumeinheit Eferdinger Becken zählen insgesamt 13 Gemeinden: Eferding, Puppung, Alkoven, Fraham, Aschach an der Donau, Hartkirchen, Hinzenbach, Scharthen, Goldwörth, Feldkirchen an der Donau, Ottensheim, Walding und Wilhering (Stand 2007). Die Anteile der in der Raumeinheit Eferdinger Becken liegenden Gemeindefläche ist in Tab. B- 1 zusammengefasst.

Bezirk Eferding		Bezirk Linz Urfahr	
Eferding	100%	Goldwörth	100%
Puppung	96%	Feldkirchen an der Donau	52%
Alkoven	68%	Ottensheim	46%
Fraham	55%	Walding	34%
Aschach an der Donau	27%	Bezirk Linz Land	
Hartkirchen	27%	Wilhering	24%
Hinzenbach	25%		
Scharthen	1%		

Tab. B- 1: Anteil der in der Raumeinheit Eferdinger Becken liegenden Gemeindeflächen

Die historische Siedlungsform (Einzelhöfe) hat zu einer starken Zersiedelung im Raum Eferding geführt. Landwirtschaftlich dominiert neben Gemüseproduktion vor allem der

Ackerbau, der bis zu 92% der landwirtschaftlichen Nutzfläche beansprucht (Goldwörth, Fraham, Alkoven). Das Eferdinger Becken zählt neben dem Marchfeld und dem Marchland zu den wichtigsten Gemüseanbauregionen Österreichs. Die landwirtschaftliche Nutzung reicht teilweise bis an die Ufer der Donau. Die Austufe mitsamt des Auwaldgürtels hat hohe Bedeutung als Erholungsraum. Durch die Verkehrsachsen B 131 im Norden, B 129 im Süden und die Linzer Lokalbahn (LILo) ist das Eferdinger Becken gut an den Linzer Zentralraum angebunden. Diese gute Verkehrsanbindung hat auch dazu geführt, dass sich das Eferdinger Becken in den letzten Jahrzehnten zu einem Stadtgürtelgebiet des Linzer Ballungsraums entwickelt hat, mit „Häuslbauern“ die täglich nach Linz pendeln.

Die Donau bildet das dominante Fließgewässer im Eferdinger Becken und wird durch das Kraftwerk Ottensheim-Wilhering aufgestaut. Der ursprüngliche weit verzweigte Donauverlauf wurde im Rahmen der Regulierung und des Kraftwerkbaus begradigt; dadurch ging natürlicher Hochwasser-Retentionsraum verloren (Abb B- 2). Heute ist das enge Flussbett der Donau von Uferbegleitdämmen begrenzt und die Beziehung des angrenzenden Aubereichs mit der Donau unterbrochen. Im südlichen Bereich verlaufen die Fließgewässer Aschach, Aschacharm, Innbach und Planbach mäandrierend durch das Eferdinger Becken. Im nördlichen Bereich verlaufen die Fließgewässer Pesenbach und Große Rodl.

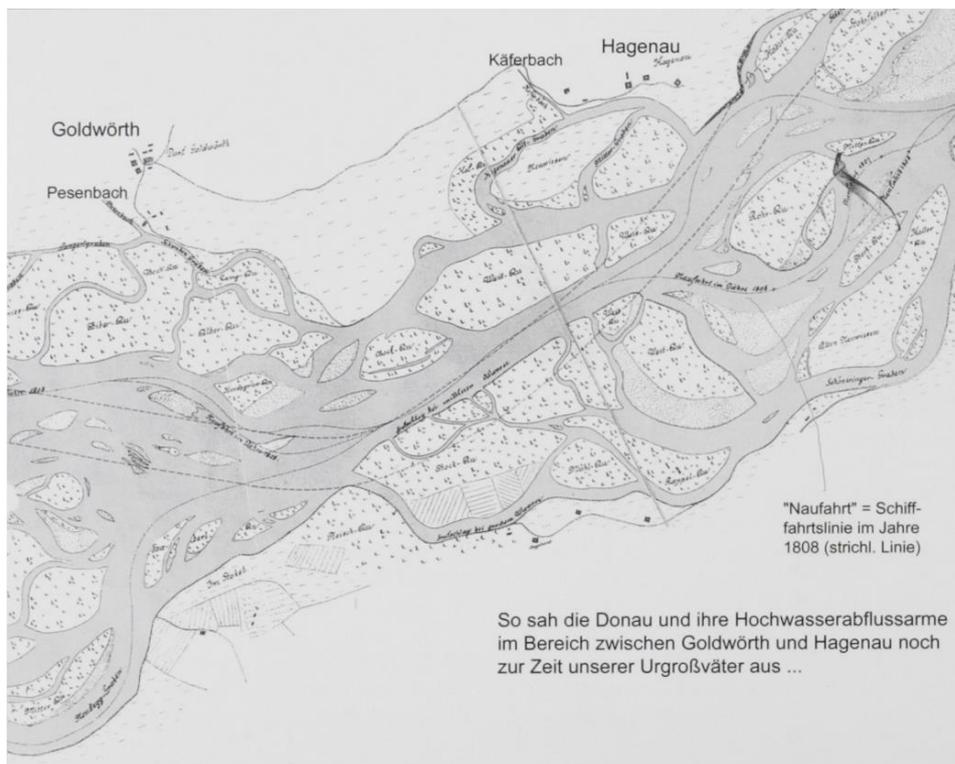


Abb. B- 2: Historischer Retentionsraum Eferdinger Becken (Eidenberger 2007)

Das Eferdinger Becken ist einer der sechs großen Retentionsräume an der Donau, die von den Bundesbehörden bei der Errichtung der Kraftwerkskette festgelegt wurden. Zu den Retentionsräumen zählen neben dem Eferdinger Becken das Linzer Feld (Steyregg), das Machland, das Hinterland Altenwörth, das Tullnerfeld und die Nationalpark Donauauen. In diesen Bereichen wurden Überstromstrecken realisiert (Anschober 2013b).

B-2.2 Risikokarte und Absiedlungszone

Die Auswahl der Fallstudiengemeinden orientierte sich an der Anzahl betroffener Haushalte in der Absiedlungszone. Die drei Gemeinden Alkoven, Goldwörth und Walding, in denen die höchste Anzahl an Haushalten innerhalb der Absiedlungszone liegt, wurden daher als Fallstudiengebiete ausgewählt.

Das Absiedlungsgebiet umfasst eine Fläche von insgesamt 24,35 km². Von der Absiedlung sind 612 Objekte betroffen, wobei es sich bei 138 Objekten um Wohnobjekte handelt. Die Absiedlungszone wurde im Oktober 2013 definiert und beschlossen (Weingraber 2013). Im Herbst 2016 sollen die Gemeinderäte der Gemeinden im Eferdinger Becken über eine eventuelle Ausweitung der Absiedlungszone entscheiden.

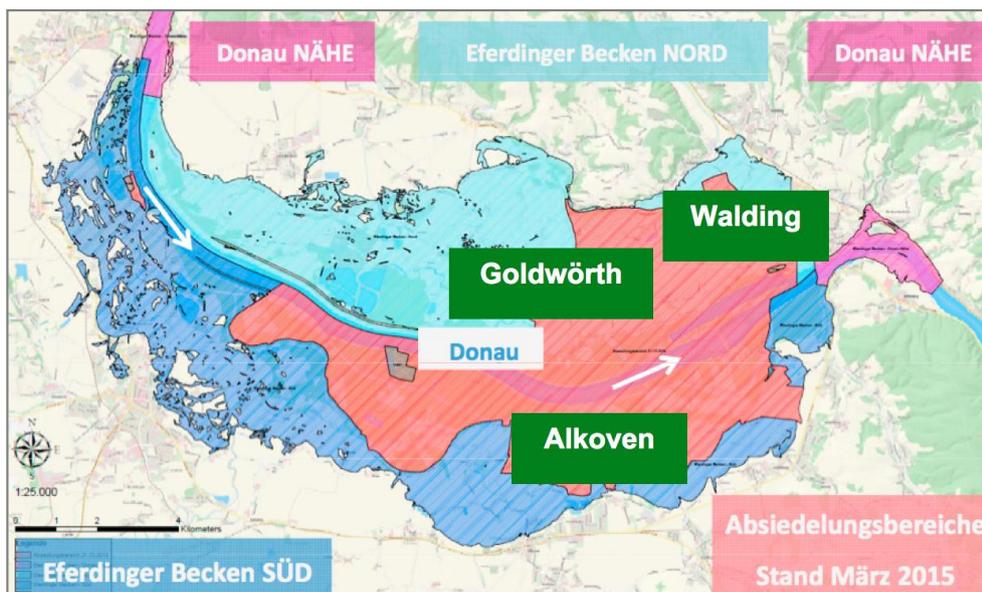


Abb. B- 3: Absiedlungszone (rot) mit den drei Fallstudiengemeinden

B-2.3 Übersicht Hochwassereignisse

Die vier größten Hochwässer an der oberen Donau haben sich in den Jahren 1899, 1954, 2002 und 2013 zugetragen (Blöschl & Nester 2014). Westlich von Linz wurden an der Donau folgende Durchflussmengen gemessen (Anschöber 2013b):

- 1899: 8.500 m³/s
- 1954: 8.800 m³/s
- 2002: 6.600 m³/s (HQ25)
- 2013: 9.500 – 10.000 m³/s (HQ250)

B-2.3.1 Entwicklungen nach der Hochwasserkatastrophe 2002

Nach der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002 wurde ein Hochwasservorhersagesystem entwickelt und umfassend getestet (Blöschl & Nester 2014). Die Situation, wie sie sich im Juni 2013 zugetragen hat, war allerdings nicht im Datensatz enthalten; daher fielen die Prognosen unmittelbar vor und während des Hochwasserereignisses teilweise unzuverlässig aus. Nach den Erfahrungen im Jahr 2013 soll das Vorhersagesystem mit extremen Niederschlagsdaten getestet und nachgeiecht werden.

B-2.3.2 Ablauf Hochwasserkatastrophe 2013

Der erste Hochwasserbericht wurde vom Hydrografischen Dienst am 1. Juni 2013 um 07:00 Uhr publiziert, in dem bereits ein Überschreiten der Warngrenzen prognostiziert wurde. Im Hochwasserbericht am 2. Juni wurde der maximale Wasserstand für den Vormittag des 3. Juni prognostiziert. Nach mehrmaliger Revision wurde die Prognose auf die Nacht vom 3. auf 4. Juni korrigiert. Tatsächlich hat der Wasserstand seinen Maximalpegel mit 927 cm am 4. Juni um 05:00 Uhr Früh erreicht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Einschätzung des Hochwasserscheitels in den Prognosen als zu früh eingestuft wurde (Blöschl & Nester 2014). Nach dem Hochwasser 2013 wurden Frühwarnsysteme für weitere Gewässer und die Anpassung bestehender Modelle (weitere Pegelstationen, Anpassung von Parametern) empfohlen und die Implementierung zusätzlicher hydrologischer Prognosemodelle diskutiert.

Die Überflutungsfläche im Falle eines HQ100-Hochwassers beträgt im Eferdinger Becken etwa 60km². Die Überflutungsflächen waren 2013 deutlich kleiner als im Jahr 1954, allerdings lag das Hochwasser 2013 von der Jährlichkeit her über dem Ereignis im Jahr 1954 (Weingraber 2013). Die Karte in Abb. B- 4 zeigt das flächenmäßige Ausmaß der Überflutung im Eferdinger Becken während des Hochwassers 2013.

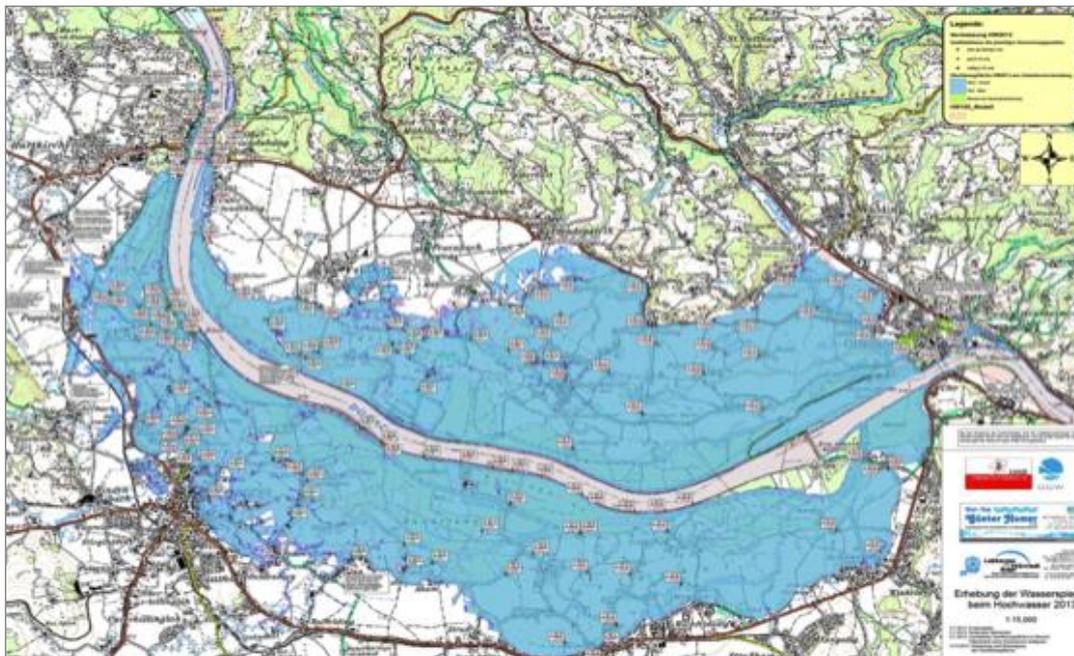


Abb. B- 4: Überflutungsfläche im Eferdinger Becken 2013 (Weingraber 2015)

B-2.4 AkteurlInnen und Rollen im Fallstudiengebiet

B-2.4.1 Politische AkteurlInnen

Das Absiedlungsprojekt im Eferdinger Becken wurde von politischen AkteurlInnen initiiert, die auch für die Umsetzung des Projekts verantwortlich zeichnen. Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) und das Land Oberösterreich treten als Auftraggeber auf. Die Projektsteuerung liegt beim Land Oberösterreich (Weingraber 2013). Die Finanzierung teilen sich Bund, Land und Gemeinden.

Seitens der Politik wurden mehrere öffentliche Informationsveranstaltungen im Eferdinger Becken abgehalten. Ziel dieser Veranstaltungen war es, die betroffenen Haushalte über die Aufarbeitung der Hochwasserkatastrophe 2013 und die geplanten Hochwasserschutzmaßnahmen (Absiedlung und technischer Schutz) zu informieren. Parallel

dazu führten Verwaltung und Gemeinde-/LandespolitikerInnen eine Serie von Kleingruppen- und Einzelgesprächen mit BürgerInnen durch.

B-2.4.2 Verbund AG

Das Kraftwerk Ottensheim-Wilhering wurde an der Donau in den Jahren 1970-74 am östlichen Ende des Eferdinger Beckens von der Österreichischen Donau Kraftwerke AG (DOKW) errichtet. Heute wird das Kraftwerk von der Verbund AG betrieben. Modellversuche, die vor dem Bau durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass durch das Kraftwerk kleinere und mittlere Überflutungen leicht abnehmen würden. Ein HQ100-Hochwasser hingegen, würde zu einer großflächigen Überflutung bis zu einer Breite von 4km führen (Ansober 2013b). Der Bau des Kraftwerks wurde von den damaligen Bundesbehörden im Jahr 1970 mit der Vorgabe genehmigt, dass sich durch die Errichtung die Hochwassersituation im Eferdinger Becken nicht verändern dürfte.

B-2.4.3 Zivilgesellschaftliche AkteurlInnen

Auf zivilgesellschaftlicher Ebene hat sich die Bürgerinitiative „Initiative Hochwasserschutz Eferdinger Becken“ gebildet. Die Bürgerinitiative stellt abseits der Politik absiedlungsrelevante Informationen zur Verfügung. Aus Sicht der Initiative stellen Absiedlungsmaßnahmen den „letzten Ausweg“ dar, wenn kein anderer wirksamer Hochwasserschutz umsetzbar ist. Eine Kernforderung der Initiative ist, dass unumgängliche Absiedlungen unter Bedingungen umgesetzt werden, die für die betroffenen Haushalte finanziell tragbar sind. Darüber hinaus wurde seitens der Bürgerinitiative im Oktober 2014 ein Masterplan mit strategischen, präventiven Maßnahmen als Alternative zur Absiedlung vorgestellt.

Neben der Bürgerinitiative kam es zu weiteren Formen zivilgesellschaftlicher Artikulation, z.B. durch Plakate auf Grundstücken in der Absiedlungszone (Abb. B- 5).



Abb. B- 5: Plakatwettkampf zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen

B-2.4.4 AkteurlInnen aus dem NGO-Bereich

Um das Absiedlungsprojekt zu begleiten wurde von der Caritas eine „Servicestelle für Menschen in Absiedlungsgebieten“ eingerichtet. Zu den Aufgaben der Servicestelle zählen die Unterstützung im Entscheidungsprozess für/gegen die Absiedlung, psychosoziale Beratung in herausfordernden Situationen, sowie das Abhalten von Veranstaltungen und Sprechstunden (Ansober 2014b).

B-2.5 Hochwasserschutz im Eferdinger Becken

Der Hochwasserschutz im Eferdinger Becken wird modular im Rahmen des Projekts "Generelles Projekt Hochwasserschutz Eferdinger Becken" (kurz: Generelles Projekt) umgesetzt:

- **Modul 1:** Passiver Hochwasserschutz (Absiedlung)
- **Modul 2:** Technisches Hochwasserschutzkonzept

Das Ziel des Projekts ist die "Verminderung der negativen Auswirkungen von Hochwässern auf den bestehenden Siedlungsraum" (Anschober 2013a). Die Auftraggeber sind das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit) und das Land Oberösterreich. Die Projektsteuerung liegt ebenso beim Land Oberösterreich (Weingraber 2013).

Kurz vor Jahresende 2015 wurde ein vorläufiger Planungsstand des Generellen Projekts bekanntgegeben, mit dem Hinweis an betroffene BürgerInnen, dass sich durch die Maßnahmen des Generellen Projekts die Hochwasserabflusssituation in der Absiedlungszone nicht verändern wird.

B-2.6 Absiedlungsprojekt Rahmenbedingungen

B-2.6.1 Förderbedingungen

Laut Wasserbautenförderungsgesetz des Bundes stellt eine Absiedlung die einzige förderbare Hochwasserschutzmaßnahme dar. Der Förderschlüssel setzt sich im Verhältnis 50:30:20 (Bund:Land:Absiedler) zusammen (Anschober 2013a).

Bei Zustimmung zur Absiedlung erhalten die Betroffenen 80% des Zeitwerts des Objekts und 80% der Abbruchkosten (Weingraber 2013). Ein Vorschuss wird nach Vorliegen der Eintragung ins Grundbuch ausbezahlt, die vollständige Auszahlung der Fördermittel und Abbruchkosten erfolgt nach der vollständigen Entfernung der Objekte.

Das Objekt ist vollständig abzureißen; alle Bauwerke, Fundamente, Keller etc. müssen bis einen Meter unter der Erdoberfläche entfernt werden. Anschließend wird das Grundstück von Bauland auf Grünland umgewidmet. Das Grundstück selbst verbleibt im Besitz der Betroffenen.

B-2.6.2 Schätzgutachten

Maßgebend für das Gutachten ist der technische Bauzeitwert und umfasst das Gebäude und die baulichen Außenanlagen (z. B. Einzäunungen, Befestigungen). Darüber hinaus wird auch eine Schätzung über die Höhe der Abbruchkosten inklusive Entsorgung vorgenommen (Weingraber 2013). Als Zeitwert der Objekte wurde jener vor dem Hochwasser 2013 herangezogen (Anschober 2014a).

Betroffene in der Absiedlungszone konnten sich unverbindlich und kostenlos ein Schätzgutachten erstellen lassen. Gemäß der Auskünfte der verschiedenen AkteurInnen haben auch nahezu alle Betroffenen ein solches Gutachten eingeholt.

B-2.6.3 Prozess der Absiedlung

Die Abteilung Oberflächengewässerswirtschaft (OGW) der Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (OFW) hat folgende Schritte für den Prozess der Absiedlung definiert (Weingraber 2013):

1. Festlegen der Absiedlungsbereiche
2. Erstellen von Schätzgutachten für die Objekte im Absiedlungsbereich
3. Kontrollschätzung durch das Bundesministerium für Finanzen

4. Umwidmungsverfahren - Gemeinderatsbeschluss: Hochwasser- Überflutungsgebiet/Absiedlungsgebiet - Grünzug Sonderwidmung
5. Nach Vorliegen der Kontrollschätzung: Info für jeden Aussiedler über Absiedlungsangebot
6. Förderungsansuchen Bund, Land (Regierung, Landtag) und Förderungsvertrag Bund
7. Anfertigung der Verträge/Niederschriften mit Aussiedlern innerhalb kommunizierter Frist
8. Eintragung Bauverbot auf sämtlichen Grundstücken im Absiedlungsgebiet ins Grundbuch
9. Bevorschussung der Förderung für die Absiedlung
10. Vollständige Auszahlung der Förderungsmittel nach Entfernung sämtlicher Objekte aus den Absiedlungsgebieten (Auszahlungsplan)

Die Frist für die Annahme des Absiedlungsangebots wurde vorerst mit 31.12.2015 festgesetzt. Haushalte in der Absiedlungszone mussten sich bis zu diesem Datum entscheiden, das Absiedlungsangebot, das sie nach der Kontrollschätzung durch das Finanzministerium erhalten haben, anzunehmen oder abzulehnen. Kurz vor Jahresende 2015 wurde diese Frist um ein halbes Jahr verlängert; nach Auskunft der verschiedenen AkteurInnen haben sich aber fast alle Haushalte im Jänner 2016 für oder gegen die Absiedlung entschieden. Die Absiedlung muss innerhalb von 5 Jahren nach der Entscheidung für die Annahme des Angebots abgeschlossen sein. Ausschlaggebend ist, dass innerhalb dieser fünf-Jahres-Frist die betroffenen Objekte vollständig entfernt werden.

Medienberichten zufolge haben sich von den 146 Objektbesitzern in der Absiedlungszone mit Stand 15.12.2015 insgesamt 66 für eine Absiedlung entschieden (meinbezirk.at 2015).

B-2.6.4 Einschränkungen für verbleibende Haushalte im Absiedlungsgebiet

Die betroffenen Gemeinden haben im Absiedlungsbereich ein Widmungsverbot und ein grundsätzliches Bauverbot, also eine Rückwidmung in Grünland, zu beschließen. Hochwassergeschützte Sanierung ist im Absiedlungsgebiet zulässig, allerdings nicht förderbar). Generell gilt für in der Absiedlungszone verbleibende Haushalte (Weingraber 2013; Anschöber 2014a):

- Die Wohnfläche darf nicht erweitert werden (allerdings ist das Aufstocken von Gebäuden zulässig, wenn die Wohnfläche dadurch nicht erweitert wird),
- Laut Wasserbautenförderungsgesetz können für die aktive hochwassergeschützte Sanierung keine Mittel beansprucht werden,
- Ersatzbauten für bestehende Land- und Forstwirtschaften oder Betriebe dürfen in maximal gleicher Größe errichtet werden (Ersatzbauten für Wohn- oder Kleingebäude sind jedoch unzulässig).

Für die gelbe Zone (Modul 1: Absiedlungsgebiet) und die lila Zone (Modul 2: technische Schutzmaßnahmen) wurde eine Neuplanungsgebietsverordnung erlassen (Anschöber 2014a). Dadurch besteht sowohl in der Absiedlungszone, als auch in der Zone für das Generelle Projekt Bauverbot.



Abb. B- 6: Eindrücke aus der Siedlung Hagenau (Goldwörth) in der Absiedlungszone

B-3 Erhebungsmethode

B-3.1 Zeitlicher Ablauf der Erhebung

Der Großteil der Erhebungsphase fand von Oktober bis Dezember 2015 statt. Dieser Zeitraum wurde gewählt, um mit den von der Absiedlung betroffenen Haushalten noch vor Ablauf der Entscheidungsfrist persönliche Interviews zu führen. Die Verlängerung der Entscheidungsfrist um ein halbes Jahr erfolgte zu spät, um in der Erhebungsplanung noch darauf Rücksicht nehmen zu können. Zwei Haushalte, die sich bereits definitiv für bzw. gegen eine Absiedlung entschieden hatten und fünf Haushalte, die bereits abgesiedelt sind, wurden im Februar 2016 interviewt.

B-3.2 Organisatorischer Ablauf der Erhebung

Die organisatorischen Blöcke und der Ablauf der Datenerhebung sind in Abb. B- 7 dargestellt. In den folgenden Abschnitten wird auf den konkreten Ablauf genauer eingegangen.



Abb. B- 7: Organisatorische Blöcke und Ablauf der Datenerhebung

B-3.3 Rekrutierung der Haushalte

Die Rekrutierung der Haushalte erfolgte über einen dreistufigen Prozess. Nachdem die von der Absiedlung betroffenen Haushalte seitens der Gemeinden über das Begleitforschungsprojekt informiert wurden, erfolgte eine persönliche Kontaktaufnahme direkt am Wohngebäude. Danach wurden alle Haushalte, die sich bereit erklärten teilzunehmen, telefonisch kontaktiert um einen Interviewtermin vor Ort zu vereinbaren.

B-3.3.1 Schritt 1: Aussendungen über die Gemeinden

Als erster Schritt wurde ein redaktioneller Bericht in den jeweiligen Gemeindezeitungen veröffentlicht, um auf diesem Weg betroffene Haushalte über die Studie zu informieren und zur Teilnahme aufzurufen. Weiters erfolgte eine E-Mail-Aussendung seitens der Gemeinden.

B-3.3.2 Schritt 2: Persönliche Kontaktaufnahme am Wohngebäude

Nach der Aussendung wurden für die drei Fallstudiengemeinden abgestimmte Infoblätter erstellt, die neben Kontaktinformationen die Inhalte und Ziele des Begleitforschungsprojekts beschrieben. Der Erstkontakt mit den Haushalten wurde persönlich über eine Mitarbeiterin direkt am Wohngebäude hergestellt. Die Wohnadressen der Betroffenen wurden anhand der öffentlich zur Verfügung stehenden Absiedlungskarte ermittelt, auf der alle betroffenen Objekte eingezeichnet sind. Jeder Haushalt wurde einzeln kontaktiert, wobei der Fokus auf Objekten lag, die sich direkt im Absiedlungsgebiet befinden (gelbe Zone).

Im Rahmen der Kontaktaufnahme konnten die Inhalte und Ziele des Begleitforschungsprojekts erläutert und die Haushalte zur Teilnahme persönlich eingeladen werden. Der individuelle Erstkontakt bewährte sich, um Betroffenen für die Studie zu sensibilisieren und zu motivieren, sowie um die notwendige Vertrauensbasis für die anschließenden Interviews zu schaffen. Als Informationsmaterial und Erinnerungsstütze dienten die Infoblätter, die nach dem Gespräch den Haushalten überlassen wurden. Die Infoblätter unterstützten Haushalte außerdem dabei, im Freundes- und Nachbarschaftskreis auf das Begleitforschungsprojekt aufmerksam zu machen (Schneeballsystem).

B-3.3.3 Schritt 3: Terminvereinbarung

Schritt 1 und 2 ergaben einen Adresspool von mehr als 200 Haushalten. Diese wurden anschließend nach folgenden Zielgruppenkriterien gefiltert:

- Haushalt muss ein Objekt in Absiedlungszone besitzen
- Rein gewerbliche Betriebe werden ausgeklammert

Alle Haushalte, die diesen Kriterien entsprachen, wurden telefonisch kontaktiert, um einen Interviewtermin zu vereinbaren. Dabei wurde darauf geachtet, dass die Interviews mit den betroffenen Haushalten im jeweiligen Wohngebäude geführt wurden, um den Aufwand für die TeilnehmerInnen möglichst gering zu halten, sowie um eine Einschätzung des jeweiligen räumlichen und Wohnkontexts durch die InterviewerInnen zu ermöglichen.

B-3.4 Durchführung der Interviews

Insgesamt konnten 78 Interviews geführt werden, was einer Ausschöpfungsquote von über 50% entspricht (146 Haushalte sind von der Absiedlung betroffen und bilden somit die für das Projekt relevante Grundgesamtheit). Die ersten Interviews wurden am 12. November 2015 und die letzten am 12. Februar 2016 geführt. Die durchschnittliche Interviewdauer betrug in etwa 75 Minuten. Abb. B- 8 zeigt die Verteilung der Interviews und die Aufteilung zwischen den InterviewerInnen über den Zeitraum der Erhebung.

Die ersten Interviews wurden zu Beginn der Feldphase von den InterviewerInnen PHB und SES gemeinsam geführt. Dieses Vorgehen ermöglichte es, allfällige Korrekturen vorzunehmen und die Interviewführung abzustimmen. In der Mitte der Feldphase wurde Interviewer ANW eingeschult und bei den ersten Interviews von PHB begleitet. Die gegenseitige Supervision und der Austausch zwischen den InterviewerInnen während der gesamten Erhebungsphase stellten sicher, dass der Leitfaden von allen InterviewerInnen so konsistent wie möglich eingesetzt wurde.

Zugleich war Peer-Supervision unter den InterviewerInnen notwendig, um die sozialen und emotionalen Belastungen während der Interviewführung zu reflektieren. Während der Interviews kamen vielfältige Lebenssituationen, enttäuschte Erwartungen, Traumata oder erlebte Hilflosigkeit zutage. Tiefgehende Interviews für breiten sozialwissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zu führen, emotionale Gesprächsmomente zu ermöglichen und gleichzeitig die Würde der InterviewpartnerInnen zu respektieren, war eine große Herausforderung für alle InterviewerInnen.

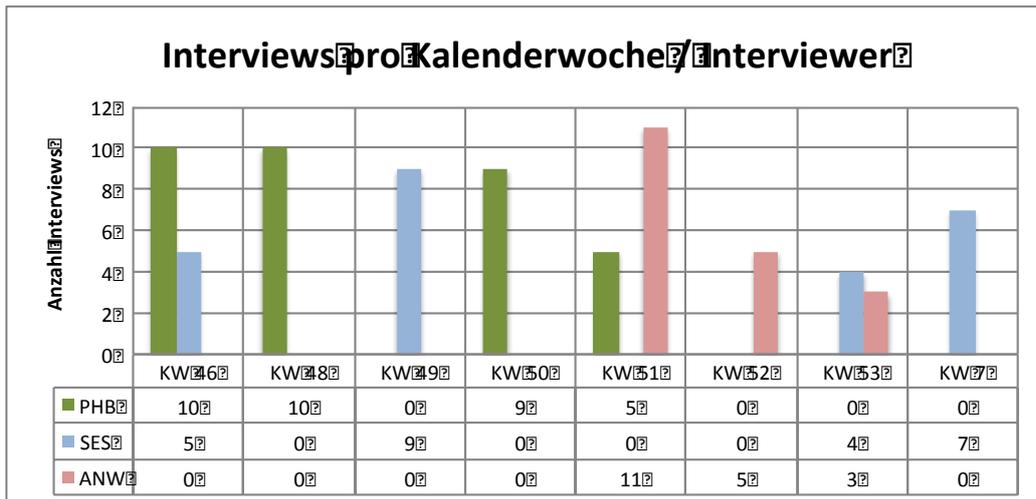


Abb. B- 8: Aufteilung der Interviews nach Kalenderwochen und Interviewer

B-3.5 Eingesetzte Erhebungsinstrumente

Im Rahmen der Interviews kamen drei zentrale Erhebungsinstrumente zum Einsatz: (1) ein Leitfaden für die Durchführung des semi-strukturierten Tiefeninterviews, (2) eine Netzkarte für die Abbildung von nachbarschaftlichen Netzwerken (3) ein standardisierter Fragebogen für bessere Vergleichbarkeit zwischen Haushalten und Gemeinden. Vor Beginn der Interviews wurden die Ziele des Begleitforschungsprojekts und die Rolle der InterviewerInnen dargelegt, die unabhängige Finanzierung als Teil des StartClim-Programmes transparent gemacht, Anonymität in der Auswertung zugesichert und die Zustimmung aller TeilnehmerInnen zur Audio-Aufnahme des Gesprächs eingeholt.

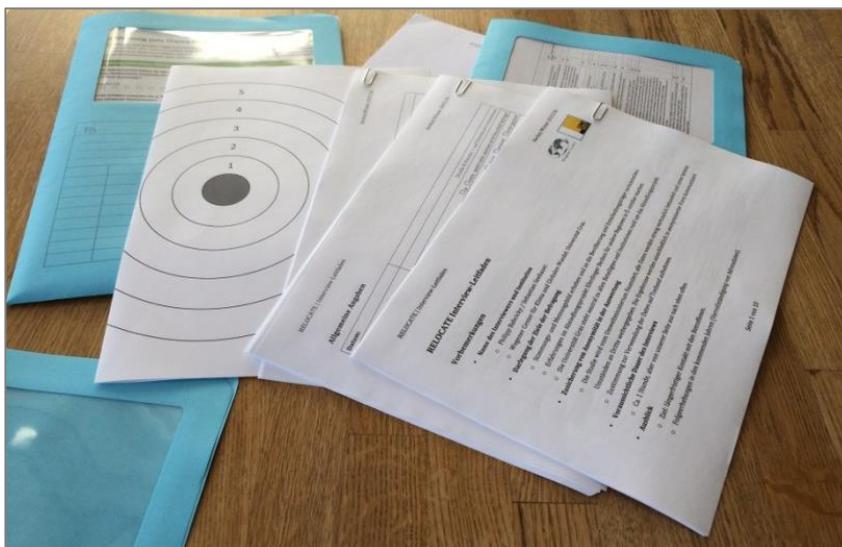


Abb. B- 9: Erhebungsinstrumente Leitfaden, Netzkarte und Fragebogen

B-3.5.1 Leitfaden und Themenblöcke

Die Interviews waren als semi-strukturierte leitfadengestützte Tiefeninterviews angelegt, in denen neun Themenblöcke angesprochen wurden:

1. Ortsverbundenheit
2. Soziale Kontakte
3. Lebensqualität
4. Hochwassererfahrung
5. Risikowahrnehmung
6. Information und politische Steuerung
7. Private Umsetzung der Absiedlung
8. Absiedlungsangebot
9. Integration am neuen Wohnort

Abhängig von der Zustimmung des jeweiligen Haushalts wurde das Interview auf Band aufgezeichnet, ansonsten wurde das Gespräch schriftlich mitprotokolliert. Am Ende der Interviews wurde der Name des Interviewers bzw. der Interviewerin, die Interviewdauer und allfällige Anmerkungen notiert. Ebenso waren ein Haushaltsdatenblatt mit ausgewählten Haushaltsmerkmalen (z. B. Haushaltsgröße, Haushaltszusammensetzung) und die Adressdaten des Haushalts zu vervollständigen. Die Aufzeichnungen, Gesprächsprotokolle und Feldnotizen bildeten die Grundlage für die anschließende Transkription und Auswertung der semi-strukturierten Interviews.

B-3.5.2 Netzkarte Nachbarschaft

Im Themenblock "Soziale Kontakte" wurde das Nachbarschaftsnetzwerk des befragten Haushaltes erhoben. Zu diesem Zweck wurde das Erhebungsinstrument "Netzkarte Nachbarschaft" entwickelt, auf der benachbarte Haushalte entsprechend ihrer "sozialen Nähe" zu positionieren waren (siehe Abb. B- 10). Die Positionierung war auf fünf Kreisen vorzunehmen, wobei sich der innerste Kreis auf Nachbarn bezieht, mit denen der befragte Haushalt regelmäßig und mehrmals im Monat in Kontakt steht, ein enges (Vertrauens-)Verhältnis pflegt und offen über persönliche Themen und Probleme spricht. Am äußersten Kreis waren Nachbarn zu positionieren, mit denen der befragte Haushalt unregelmäßig und nur gelegentlich in Kontakt steht, hauptsächlich über Alltagsthemen spricht und nur um kleinere Gefallen aber nicht um umfangreiche Hilfe bitten kann. Zwischen dem äußersten Kreis (Wert = 5) und den innersten Kreis (Wert = 1) konnte je nach nachbarschaftlichem Verhältnis differenziert werden.

Die Befragten generierten eine Liste an relevanten Nachbarn, notierten diese auf kleinen Post-Its, ergänzten seit wann sie diese Person kennen, und positionierten anschließend die Post-Its auf der Netzkarte. Diese Methode stellt einerseits die Anzahl und Enge von Nachbarschaftsbeziehungen aus der egozentrischen Sicht des Haushalts dar, andererseits können die Netzkarten von Nachbarn verglichen werden, wie diese sich gegenseitig einschätzen. In zukünftigen Erhebungswellen soll die Veränderung dieser nachbarschaftlichen Netzwerke hinsichtlich Dichte, Beziehungsnähe, enthaltenen Personen u.ä. analysiert werden.

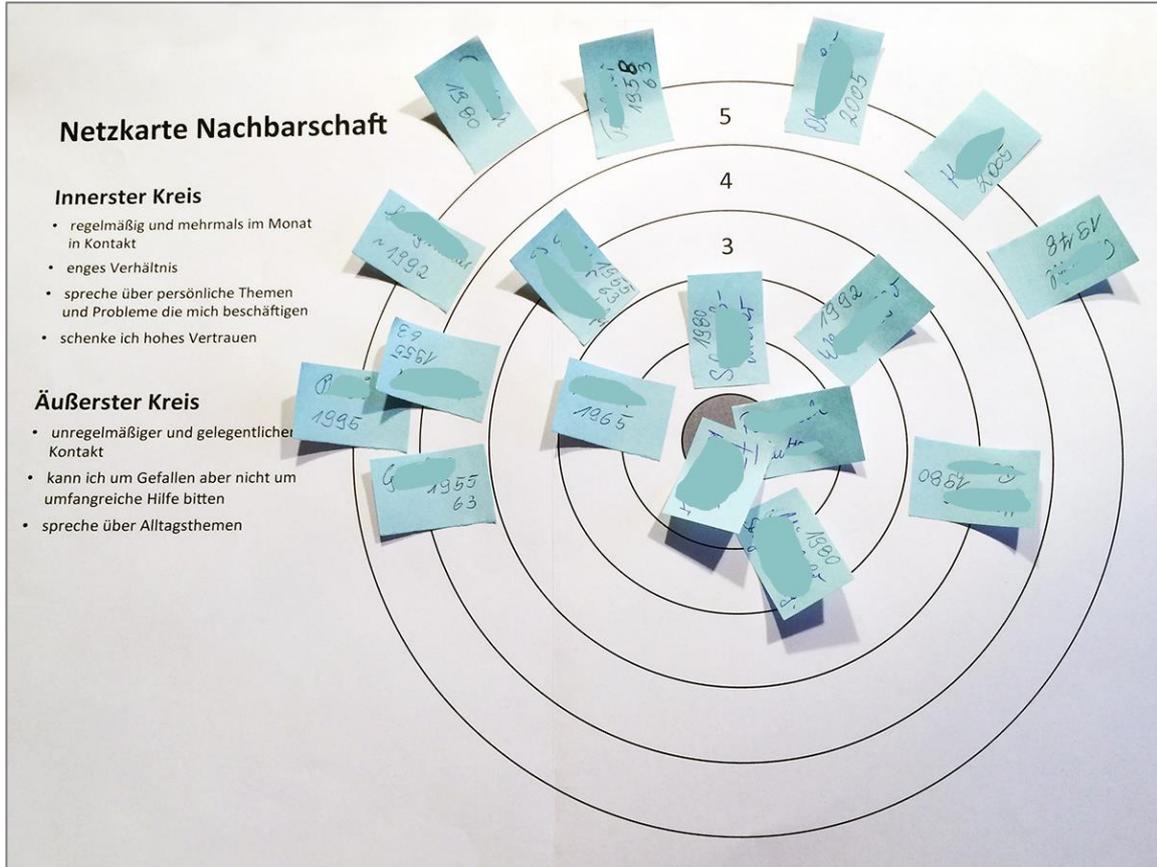


Abb. B- 10: Ausgefüllte Netzkarte Nachbarschaft (Namen unkenntlich gemacht)

B-3.5.3 Standardisierter Fragebogen

Für eine bessere Vergleichbarkeit sowohl zwischen Erhebungswellen, als auch zwischen Betroffenen und der Allgemeinbevölkerung in den Fallstudiengemeinden, wurde ein standardisierter Fragebogen eingesetzt, der bereits in den Vorprojekten VOICE und PATCH:ES (beide gefördert in ACRP) erprobt wurde. Inhaltlich umfasste der Fragebogen neben sozio-demographischen Daten vor allem Blöcke zu den Themen Risikobewertung und Anpassungskapazitäten im Bereich privater Hochwasservorsorge.

Ihre Meinung zum Thema Hochwasser

Bitte beschriften Sie sich bei allen Fragen auf Hochwasser in Ihrer Gemeinde:
Wenn Sie gewerblich oder landwirtschaftlich tätig sind, beschriften Sie sich bitte nur auf Ihr Wohngebäude und Klammern Sie gewerbliche bzw. landwirtschaftliche Gebäude und Flächen aus. Mit Gebäude ist Ihr Wohngebäude gemeint, wenn Sie in einem Einfamilienhaus leben, dann läßt sich das umliegende Privatgrundstück dazu (z. B. Carport, Gartenbesitz).

Wie sehr treffen folgende Aussagen auf Sie zu?

Im Fall eines Hochwassers würden mir viele Menschen zur Seite stehen.
Ich führe gerne meine Gäste durch meinen Ort.
Ich will mehr über Hochwasserschutz wissen.
Mein Ort ist ein Teil von mir selbst.
In der öffentlichen Diskussion wird die tatsächliche Gefährdung durch Hochwasser übertrieben.
Ich bin sehr beunruhigt über die Auswirkungen des Klimawandels in Österreich.
Das nächste Hochwasser wird viel weniger Schäden anrichten, als man jetzt erwartet.
Ich fühle mich meinem Ort zugehörig.
Ich habe Angst vor einem möglichen Hochwasser.
Neben allen menschlichen Ursachen ist ein Hochwasser immer auch ein Werk höherer Mächte.

Über folgende Aussagen kann man unterschiedlicher Auffassung sein.

Ich halte mich auf dem laufenden Stand was Hochwasser betrifft.
Letztendlich ist es Schicksal, ob man von einem Hochwasser getroffen wird.
Ich mache mir große Sorgen, wie mich der Klimawandel betrifft.
Die meisten Leuten machen Hochwasser zu einem größeren Problem, als es ist.
Wenn ich mich selbst beschreiben müsste, würde mein Ort eine Rolle spielen.
Ich weiß gut über meine Hochwassergefährdung Bescheid.
Ich mache mir große Sorgen wegen eines möglichen Hochwassers.
Ich fühle mich fremd hier.
Manchmal stelle ich mir vor, dass es in Zukunft keine Gefährdung durch Hochwasser mehr gibt.
Ich würde gerne mich durch meinen Ort und entliche neue Plätze.
Bei einem Hochwasser würden mir viele Menschen helfen.

Wie sehr stimmen Sie zu?

Ich verbinde viele gute Erinnerungen mit meinem Ort.
Im Fall eines Hochwassers kann ich auf die Unterstützung durch andere zählen.
Ein Hochwasser ist einfach ein unkontrollierbares Naturereignis.
Ich bin stolz auf meinen Ort.

Wie sehr stimmen Sie zu?

Ich verbinde viele gute Erinnerungen mit meinem Ort.
Im Fall eines Hochwassers kann ich auf die Unterstützung durch andere zählen.
Ein Hochwasser ist einfach ein unkontrollierbares Naturereignis.
Ich bin stolz auf meinen Ort.

Abb. B- 11: Auszug aus dem standardisierten Haushaltsfragebogen

B-3.6 Stichprobenbeschreibung

Insgesamt wurden 28 Interviews in Alkoven, 19 in Goldwörth und 31 in Walding durchgeführt. Die Zusammensetzung der Stichprobe hinsichtlich der Merkmale Gemeinde, Wohnform, Besitzverhältnis und landwirtschaftlicher Tätigkeit ist in Tab. B- 2 dargestellt. Es wurden vorwiegend Haushalte befragt, die in Ein- oder Zweifamilienhäusern wohnen. Die Mehrheit der Haushalte ist auch Eigentümer der Wohnobjekte, nur zwei Haushalte wohnen in Miete. Etwas weniger als ein Drittel der interviewten Haushalte betreibt laut eigenen Angaben haupt- oder nebenerwerblich eine Landwirtschaft.

	Häufigkeit	Prozent
Gemeinde		
Alkoven	28	36
Goldwörth	19	24
Walding	31	40
Wohnform		
Einfamilienhaus	50	64
Zweifamilienhaus	22	28
Mehrparteienhaus	6	8
Besitzverhältnis		
Eigentum	76	97
Miete	2	3
Landwirtschaft		
Ja	23	30
Nein	55	70

Tab. B- 2: Zusammensetzung der Stichprobe

B-4 Ergebnisse

B-4.1 Auswertungsmethode

Die qualitative Auswertung der semi-strukturierten Tiefeninterviews folgte einem dreistufigen Ablauf. Im ersten Schritt wurden mittels Mindmapping der InterviewerInnen zentrale Aussagen herausgearbeitet und induktiv ermittelten Clustern zugeordnet. Die Bestimmung der Cluster orientierte sich an theoretischen Vorüberlegungen (z.B. adaptive capacity, Dimensionen der Risikowahrnehmung), sowie an Themen und Problemlagen, die in Vorgesprächen mit Schlüsselpersonen exploriert wurden.

Im zweiten Schritt wurden die Themen und Cluster aus Sicht der TranskribiererInnen validiert, die nach einem vorgegebenen Transkriptionsleitfaden die Interviewaufzeichnungen verschriftlichten. Die TranskribiererInnen brachten eine genaue Kenntnis der Interviewprotokolle, soziologische Expertise und eine externe, von der Interviewführung unvoreingenommene Sicht ein, und konnten daher das induktive Mindmapping validieren.

Im dritten Schritt wurden die Ergebnisse anhand ausgewählter Interviewtranskripte erneut gegenvalidiert. Aufgrund des Längsschnitt-Designs und des damit verbundenen natürlichen Dropout von Teilen des Teilnehmerpanels wurde eine erschöpfende Inhaltsanalyse aller 78 Interviews als nicht sinnvoll erachtet, da ein Teil dieser 78 Befragten in der folgenden Welle aus verschiedenen Gründen nicht mehr teilnehmen und damit für Längsschnittanalysen nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Dieser Bericht bietet eine Darstellung der zentralen Sichtweisen, die von Haushalten im Fallstudiengebiet rund die Themenfelder Hochwassergefahr und Absiedlung geschildert wurden. Da dieser Auswertung unstandardisiertes, qualitatives Datenmaterial zugrunde liegt, werden keine quantitativen Aussagen getroffen, wie viele der Haushalte die verschiedenen Sichtweisen vertreten. Quantitative Analysen werden erst im ACRP-Projekt RELOCATE2016-2018 vorgenommen.

B-4.2 Bewertungsdimensionen und Kapazitäten

Die in den Tiefeninterviews identifizierten Themen lassen sich in mehrere Cluster gliedern, die wiederum in den Überkategorien **Bewertungsdimensionen** und **Kapazitäten und Prozesse** zusammengefasst werden können. Dabei werden Themen, die den Bewertungsdimensionen zuzuordnen sind, von Haushalten im Rahmen der Entscheidungsfindung herangezogen und resultieren entweder in einer positiven oder negativen Einstellung gegenüber der Absiedlungsmöglichkeit. Die Kapazitäten und Prozesse hingegen beschreiben Hintergrundmerkmale, welche in die Ausprägung der Bewertungsdimensionen hineinspielen. Sowohl Bewertungsdimensionen als auch Kapazitäten/Prozesse spiegeln die subjektive Sicht der Betroffenen wieder; die Sicht anderer AkteurInnen oder die realen Ereignisse können davon gravierend abweichen – soweit in der komplexen, historisch gewachsenen Situation im Fallstudiengebiet nicht ohnehin alle „realen“ Ereignisse einer subjektiven Einordnung durch die verschiedenen AkteurInnen unterliegen. Für Perspektiven der Verwaltung siehe B-5.3.

Abb. B- 12 fasst die Ergebnisse schematisch zusammen. Die Ellipsen stellen die Bewertungsdimensionen dar, die äußeren Boxen die Kapazitäten und Prozesse. Die innenliegenden, kleineren Ellipsen und Boxen veranschaulichen den Ausschnitt an Themen, die seitens der politischen AkteurInnen behandelt wurden. Den restlichen Themen haben sich politische AkteurInnen nicht oder kaum zugewandt – hier wird ein klares Defizit der politischen Kommunikation während des Absiedlungsprozesses sichtbar, welche die emotionale Bewertungsdimension in einem rationalisierten Diskurs beinahe gänzlich ausgeklammert hat. Die farbliche Schattierung der Kapazitäten/Prozesse veranschaulicht, welche Bewertungsdimensionen dafür jeweils die größte Rolle spielen. Themen, die mit einem gelben Blitz gekennzeichnet sind, stellen besonderes Konfliktpotenzial

dar. Diese qualitative Darstellung klammert aus, wie stark positive/negative Ausprägungen dieser Themen die letztendliche Entscheidung für oder gegen die Absiedlung beeinflussen – diese Fragestellung kann in den kommenden Erhebungswellen beantwortet werden, sobald alle interviewten Haushalte bindende Entscheidungen getroffen haben.

Die **Bewertungsdimensionen** lassen sich in drei Cluster gliedern:

- Risikobewertung
- Emotionale Bewertung
- Wirtschaftliche Bewertung

Die **Kapazitäten und Prozesse** können in vier Clustern zusammengefasst werden:

- Soziale Kapazitäten und Prozesse
- Persönliche Kapazitäten und Prozesse
- Finanzielle und rechtliche Kapazitäten und Prozesse
- Politische Prozesse

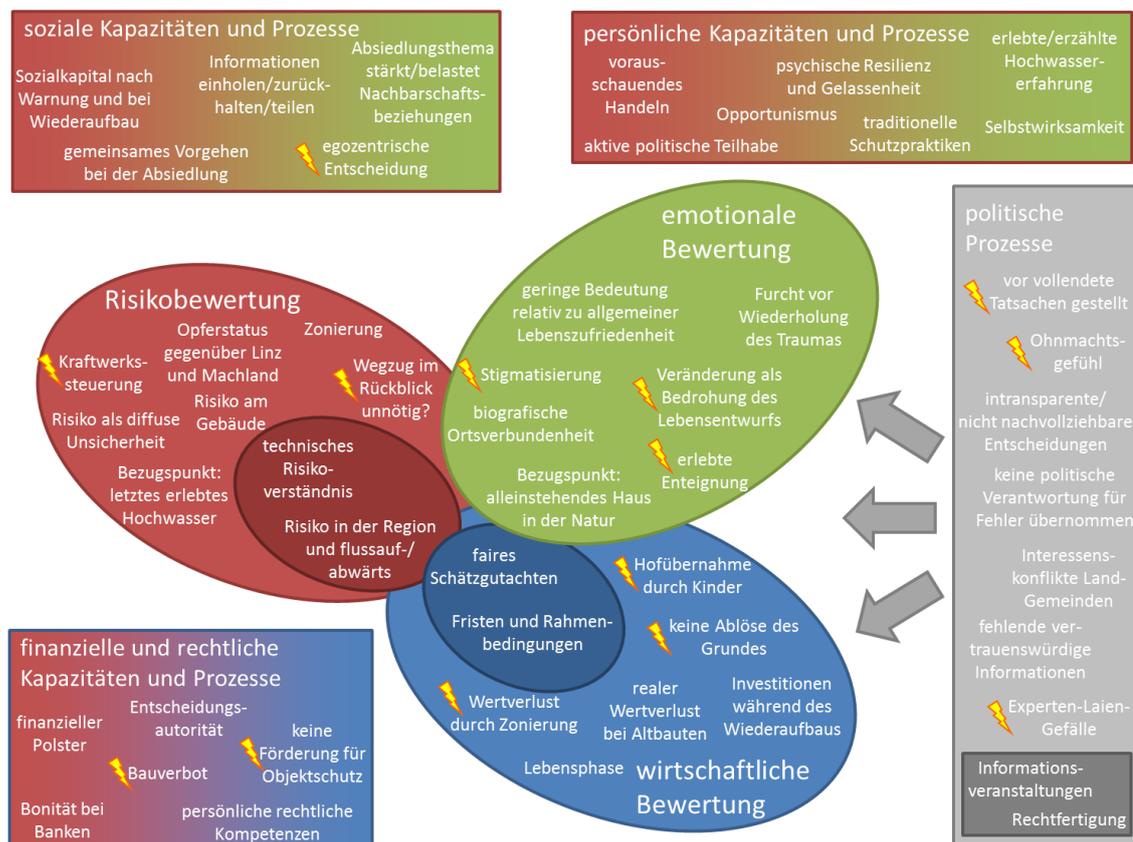


Abb. B- 12: Bewertungsdimensionen und Kapazitäten bzw. Prozesse als Themencluster

B-4.3 Bewertungsdimensionen

Die Cluster und zentralen Themen der Bewertungsdimensionen werden in den Tabellen Tab. B- 3 bis Tab. B- 4 dargestellt und erläutert.

B-4.3.1 Risikobewertung

Zentrale Themen	Beschreibung
-----------------	--------------

Risiko am Gebäude	<p>Für die meisten Haushalte ist das Risiko unmittelbar bei ihrem Gebäude ausschlaggebend, das sich aber nicht unbedingt mit Risikokarten deckt. ZuzüglerInnen aus dem Linzer Ballungsraum ohne familiäre Verankerung in der Region hatten das Hochwasserrisiko zum Zeitpunkt des Hausbaus deutlich unterschätzt; teils kritisieren sie, dass sie damals von Behörden und Nachbarn nicht ausreichend auf die Hochwassergefahr hingewiesen wurden.</p>
Risiko als diffuse Unsicherheit	<p>Im Vergleich zu den rationalen, analytisch untermauerten Überlegungen von Fachleuten im Hochwasserschutz kann die Risikowahrnehmung der betroffenen Haushalte eher als diffus bezeichnet werden. Haushalte nehmen die Hochwassergefahr als Unsicherheit über zukünftige, unvorhersehbare Entwicklungen wahr, statt eines ingenieurwissenschaftlich-quantitativen Risikoverständnisses im Sinne von Jährlichkeiten oder Schadenssummen.</p> <p>Anstelle von wissenschaftlichen Fakten, Simulationen und Abflussmodellen treten subjektive Erfahrungen und Wahrnehmungen, die vorrangig durch lokale Erfahrungen und Prozessverständnisse geprägt sind. Viele Haushalte leben seit mehreren Generationen im Absiedlungsgebiet und beurteilen Risiken anhand lokaler Beobachtungen während Extremwetterereignissen (z. B. Fließrichtung und Wasserstand der Zubringer) und intergenerational überlieferter Erzählungen. Das Hochwasser 2013 wurde umso schlimmer erlebt, je weniger die Betroffenen biografisch oder intergenerational mit diesem Risiko vertraut sind.</p>
Bezugspunkt: letztes erlebtes Hochwasser	<p>Als Referenzpunkt für private Hochwasserschutzmaßnahmen (z. B. Fliesenboden im Erdgeschoß, Abdichten von Gebäudeöffnungen, Verlegung des Wohnbereichs in den 1. Stock, abnehmbare Türstöcke) wird von den meisten Haushalten das jeweils letzte Hochwasserereignis herangezogen. Viele Haushalte haben mit einer Hochwassercharakteristik gerechnet, wie sie 2002 eingetreten ist. Allerdings ist das Hochwasser 2013 wesentlich größer ausgefallen, als von vielen im Vorfeld erwartet wurde. Viele Vorbereitungen (z. B. Ausräumen von Keller und Erdgeschoß, Stapeln von Gegenständen auf Tischen, Entfernen von PKWs und Maschinen, Abtransport von Vieh) waren daher oft nicht ausreichend, weil sie auf einen den Wasserstand des Hochwassers 2002 ausgerichtet waren.</p>
Kraftwerkssteuerung	<p>Die Kraftwerkssteuerung hat aus Sicht der Haushalte eine wesentliche Rolle in der Hochwasserkatastrophe 2013 gespielt. Viele Betroffene vermuten, dass die Wehrbetriebsordnung nicht korrekt eingehalten wurde und bemängeln, dass die Haushalte vor der Überflutung nicht rechtzeitig gewarnt wurden, um entsprechende Vorbereitungen treffen zu können. Dieses Narrativ bezieht sich oft auf den unerwarteten Anstieg des Pegelstandes in der Nacht von 3. auf 4. Juni 2013, als der Wasserstand bereits im Rückgang begriffen war. Teils werden Meinungen geschildert, dass die Kraftwerksbetreiber wissentlich</p>

	<p>Schäden bei Anrainern in Kauf nehmen, um während des Hochwassers 2013 möglichst lange die profitable Stromproduktion aufrechtzuerhalten oder um Sedimentablagerungen aus dem Stauraum auszuschwemmen.</p>
Opferstatus gegenüber Linz und Machland	<p>Eine häufige Annahme ist, dass die Flutung des Eferdinger Beckens durch gezielte Kraftwerkssteuerung eingeleitet wurde, um die Stadt Linz vor einer Hochwasserkatastrophe zu schützen. Außerdem wird davon ausgegangen, dass durch die Flutung der Machland-Damm entlastet werden konnte, bei dem es sich um ein "Prestigeprojekt" handelt, das "halten musste". Es besteht in weiten Teilen die Ansicht, dass die Flutung des Eferdinger Beckens zugunsten des Großraumes Linz legitim wäre, um dort ungleich höhere Schäden, Gefährdung von Menschenleben oder Umweltverschmutzung durch das Linzer Industriegebiet zu vermeiden. Es wird aber erwartet, dass ein solcher Opferstatus explizit ausgesprochen und den BewohnerInnen des Eferdinger Beckens zugestanden wird. Mangelhafte Krisenkommunikation und unzuverlässige Frühwarnsysteme haben aber verhindert, dass sich die betroffenen Haushalte im Eferdinger Becken auf die Flutung vorbereiten konnten.</p>
Zonierung	<p>Die Zonierung des Absiedlungsgebiets (gelbe versus lila Zone) ist für viele Haushalte nicht nachvollziehbar. Die Betroffenen sehen die Zonengrenzen losgelöst von der subjektiven Gefährdung oder dem Wasserstand, den sie 2013 im eigenen Haus hatten. Unmittelbare Nachbarn, die 2013 ebenso stark betroffen waren, befinden sich nicht in der Absiedlungszone (bzw. umgekehrt). Dass in den Verhandlungen zwischen BürgermeisterIn und Landesverwaltung mehrere Varianten der Zone diskutiert wurden, die Auswahlkriterien für die letztgültigen Zonengrenzen aber nicht transparent gemacht und erläutert wurden, lässt die Entscheidung beliebig erscheinen und hat Misstrauen und Unzufriedenheit ausgelöst.</p>
Wegzug im Rückblick unnötig?	<p>Ein wiederkehrendes Thema aus Sicht der Haushalte ist die Frage, ob eine Absiedlung tatsächlich notwendig ist, oder ob das Eferdinger Becken in den nächsten Jahren von Hochwasserkatastrophen verschont bleiben wird. Die damit verbundene Unsicherheit stellt die betroffenen Haushalte vor eine Entscheidung, die sie nur schwer an rationalen und gut begründbaren Kriterien festmachen können. Wahrscheinlichkeitsaussagen über die Zukunft und ein jahrelanger Entscheidungshorizont überfordern die gewohnten Entscheidungsstrategien, auf welche die Haushalte aus ihrer Alltagspraxis zurückgreifen können. Die Sorge, die Annahme des Absiedlungsangebots später zu bereuen, führt dazu, dass sich der Prozess des Überlegens und Abwägens im Kreis dreht. Sobald jedoch die Entscheidung pro oder contra gefallen ist, kommt es zu einem Zurückgewinnen eines optimistischen, zukunftsorientierten Planungshorizontes.</p>
Technisches	<p>Politische AkteurInnen haben im Gegensatz zu Haushal-</p>

Risikoverständnis	ten ein vorrangig technisch und naturwissenschaftlich geprägtes Verständnis von Hochwasserrisiken. Dies wurde vor allem bei den Informationsveranstaltungen sichtbar. Das dabei zum Ausdruck gekommene Experten-Laien-Gefälle hat bei vielen Haushalten einen negativen Eindruck hinterlassen. Einerseits können Belehrungen frustrierend wirken und an den tatsächlichen Informationsbedürfnissen vorbeiziehen. Andererseits bestand Zweifel an der Objektivität der präsentierten Informationen (z. B. Berechnungen von Abflüssen, Simulationen), insbesondere wenn diese Informationen nicht in Einklang mit dem individuellen Verständnis der Abflussprozesse standen.
Risiko in der Region und flussauf/-abwärts	Im Gegensatz zum disaggregierten Gebäudebezug in der Risikobewertung der Haushalte, steht für politische AkteureInnen das aggregierte Risiko in der gesamten Region bzw. im Wechselspiel zwischen Ober- und Unterliegern im Vordergrund. Dieser unterschiedliche geografische Bezug erschwerte die Kommunikation und Aushandlung von Risiken zwischen politischen AkteureInnen und BürgerInnen.

Tab. B- 3: Themen im Cluster „Risikobewertung“

B-4.3.2 Wirtschaftliche Bewertung

Zentrale Themen	Beschreibung
Investitionen während des Wiederaufbaus	Der Wiederaufbau nach der Hochwasserkatastrophe 2013 bedeutete für viele Haushalte eine große finanzielle Belastung. Die Entscheidung, Investitionen für die Schadensbehebung und ggf. bauliche Verbesserungen zu tätigen, wurde von einigen Haushalten bereits vor der offiziellen Kundmachung der Absiedlung getroffen. Haushalte, welche über keine alternative Unterkunft verfügten, mussten ihr Gebäude und ihre Wohnungsausstattung zumindest provisorisch in einen bewohnbaren Zustand versetzen. Diese Investitionen werden aus Sicht der Haushalte als "sunk costs" betrachtet, da diese nicht mehr rückerstattet werden können. Die bereits getätigten Investitionen reduzieren den finanziellen Spielraum der betroffenen Haushalte und erschweren einen Neustart nach der Absiedlung.
Wertverlust durch Zonierung	Das Bauverbot in der Absiedlungszone hat in der Wahrnehmung der Betroffenen zu einem deutlichen Wertverlust der Grundstücke und Wohnobjekte geführt. Die meisten Haushalte sehen keine Möglichkeit, ihr Grundstück und/oder Wohngebäude am Markt zu einem angemessenen Betrag zu verkaufen oder zu vermieten. Der damit verbundene Wertverlust schmälert den finanziellen Spielraum der Haushalte in der Absiedlungszone.
Realer Wertverlust bei Altbauten	Ältere landwirtschaftliche Gebäude und Wohnhäuser sind besonders stark durch den realen Wertverlust betroffen. Auch wenn ältere Gebäude objektiv einen geringen Wert

Keine Ablöse des Grundstücks

haben, erfüllen sie dennoch befriedigend die Wohnfunktionen für die Betroffenen. Ein Neustart nach der Absiedlung erscheint diesen Haushalten als äußerst schwierig.

Die meisten Haushalte schätzen die Alleinlage im Auegebiet und die Nähe zu Linz und möchten sich nach der Absiedlung in Bezug auf ihre Wohnsituation nicht verschlechtern. Da im Absiedlungsangebot keine Ablöse für das Grundstück vorgesehen ist (es verbleibt im Eigentum der Haushalte), ist für viele Haushalte ein passendes Ersatzgrundstück außerhalb ihrer finanziellen Reichweite. Haushalte empfinden es als ungerecht, dass der Wertverlust durch die Rückwidmung von Bauland zu Grünland zu ihren Lasten geht. Die Auswahl an Ersatzgrundstücken, die in den betroffenen Gemeinden angeboten wurden, wird als unzureichend und unattraktiv bewertet.

Hofübernahme durch Kinder

Bei landwirtschaftlich tätigen Familien erstreckt sich der Entscheidungshorizont nicht auf die Wohnsituation, sondern ob und wie die Kinder bereit sind, den landwirtschaftlichen Betrieb weiterzuführen. Die (Nebenerwerbs-)Tätigkeit als Landwirt ist ein wichtiger Teil der Selbstidentität. Bei minderjährigen Kindern stehen Eltern vor der Schwierigkeit, für die mutmaßliche zukünftige Berufswahl ihrer Kinder zu entscheiden. Der zeitliche Druck durch die Frist für das Absiedlungsangebot wurde teils zum Anlass genommen, um innerfamiliäre Entscheidungen vorzuziehen, etwa um Besitzverhältnisse zwischen Eltern und Kindern zu klären, oder um zukünftige Bewirtschaftungsformen einzuleiten, die der Marktsituation und den Interessen der Kinder besser gerecht werden.

Lebensphase

Die finanzielle Bewertung der Absiedlung hängt auch von der aktuellen Lebensphase/-situation der betroffenen Haushalte ab. Zum Beispiel verfügen Jungfamilien oft nicht über die notwendigen finanziellen Mittel, die für eine Absiedlung aufgebracht werden müssen. Ältere Haushalte wollen ihren Kindern kein im Haus gebundenes, kaum verkäufliches Kapital hinterlassen, oder schätzen ihre körperlichen Kapazitäten und sozialen Netzwerke als zu schwach ein, um ein weiteres Hochwasserereignis bewältigen zu können. Ältere Betroffene scheuen davor zurück, den jahrelangen Hausbauzyklus von Kredit aufnehmen, Haus bauen und Kredit nach und nach zurückzahlen noch einmal zu beginnen, und möchten ihren Kindern keine Schulden hinterlassen.

Faires Schätzgutachten

Der Großteil der Haushalte hat das Ergebnis der Schätzgutachten als fair empfunden. Selbst Haushalte mit älteren Wohngebäuden betonten, dass die Schätzung korrekt und fair abgelaufen sei, selbst wenn der geschätzte Wert eher gering ausgefallen ist. Davon unbenommen ist die Kritik, dass das Absiedlungsangebot nur 80% statt 100% des Gebäudewerts umfasst.

Fristen und Rahmenbedingungen

Die im Absiedlungsprojekt gesetzten Fristen und Rahmenbedingungen wurden unterschiedlich wahrgenom-

men. Haushalte, die sich rasch für eine Absiedlung entschieden haben, haben die Fristen teilweise als zu großzügig empfunden. Haushalte, die bis kurz vor der Entscheidungsfrist unentschlossen waren, betonten, dass sie eine längere Bedenkzeit benötigt hätten. Die Entscheidungsfrist wurde unter anderem kritisiert, da es bis kurz vor Jahresende 2015 keine offiziellen Pläne zum Modul 2 (technischer Hochwasserschutz im Eferdinger Becken) gab, und damit manche Haushalte ihre künftigen Risiken beim Verbleib in der Absiedlungszone noch nicht oder erst zu einem späten Zeitpunkt einschätzen konnten.

Tab. B- 4: Themen im Cluster „Wirtschaftliche Bewertung“

B-4.3.3 Emotionale Bewertung

Zentrale Themen	Beschreibung
Geringe Bedeutung relativ zu allgemeiner Lebenszufriedenheit	Die Bedeutung der Absiedlung für die allgemeine Lebenszufriedenheit wird insgesamt als eher gering eingeschätzt. Als ausschlaggebende Faktoren für die Lebensqualität werden vorrangig Familie, Gesundheit und Beruf genannt.
Stigmatisierung	Haushalte befürchten zum Teil eine drohende aber auch bereits bestehende Stigmatisierung, die im Zusammenhang mit der Absiedlung steht. Die meisten Haushalte bewerten die Konnotation des Begriffs "Absiedler" als negativ und möchten in der Öffentlichkeit auch nicht als "Absiedler" bezeichnet werden. Jüngere Haushalte, die sich für eine Absiedlung entschieden haben, und denen das Wohnhaus vorher von den Eltern überschrieben wurde, sind zum Teil mit Vorwürfen konfrontiert, ihr Elternhaus zu verkaufen; mit dem Hinweis, dass die Familie seit Generationen in diesem Objekt lebt und stets mit dem Hochwasser umzugehen wusste. Haushalte, die sich gegen eine Absiedlung entscheiden, befürchten, bei einem zukünftigen Hochwasser weniger Unterstützung durch Einsatzkräfte, MitbürgerInnen oder Katastrophenfonds zu erhalten. Beim Erwerb eines Ersatzgrundstücks wird befürchtet, andere BürgerInnen könnten den Eindruck gewinnen, man würde als AbsiedlerIn ungerechtfertigt hohe Unterstützung von der öffentlichen Hand erhalten.
Biografische Ortsverbundenheit	Vor allem Haushalte, die landwirtschaftlich tätig sind, leben bereits seit vielen Generationen im selben Wohngebäude. Viele fühlen sich aufgrund ihrer Familienhistorie dem Wohnort "verpflichtet" und können sich nicht vorstellen, ihr Heimatgebäude aufzugeben. Andere wiederum verfügen über gut ausgebaute soziale Netzwerke in der Nachbarschaft, die durch eine Absiedlung bedroht wären. Eine Absiedlung wird als Entwurzelung und Verletzung eines Teils der Selbstidentität erlebt.
Veränderung als Bedrohung des Lebensentwurfs	Besonders jüngere Haushalte, mit langfristigen Lebensentwürfen in der Region, empfinden die Absiedlung als Bedrohung ihrer Zukunftspläne. Vor allem landwirtschaftlich tätige Haushalte, die Entwicklungsmöglichkeiten

	brauchen, fühlen sich durch das Bauverbot in der Absiedlungszone stark eingeschränkt. Die Hofübernahme durch die jüngere Generation wird durch die Absiedlung in Frage gestellt. Haushalte, die erst in den letzten 10-15 Jahren gebaut haben und deren Kinder gut in das soziale Leben integriert sind, machen sich Sorgen, dass diese aus ihrer gewohnten Umgebung enturzelt werden.
Bezugspunkt: alleinstehendes Haus in der Natur	Haushalte bewerten ihre Optionen für einen neuen Wohnort in Relation zu ihrer jetzigen Wohnsituation in der Absiedlungszone: Ein freistehendes Einfamilienhaus mit großer Gartenfläche, umgeben von Natur und mit nur wenigen unmittelbaren Nachbarn, aber dennoch mit guter Erreichbarkeit des Ballungsraums Linz. Nachdem sich der Immobilienmarkt im Großraum Linz verändert hat, seitdem die Haushalte vor etlichen Jahren ins Eferdinger Becken gezogen sind, sind solche Wohnvorstellungen heute deutlich schwieriger zu erfüllen als damals. Das betrifft auch die Ersatzgrundstücke, die aus den vorhandenen Freiflächen der Gemeinden angeboten wurden. Günstige Lagen, wie sie vor mehreren Jahrzehnten beim Zuzug ins Eferdinger Becken noch üblich waren, sind mittlerweile rar und teuer geworden.
Erlebte Enteignung	Die Tatsache, dass Objektbesitzer für ihr Grundstück keine Ablöse erhalten, weckt bei vielen Haushalten das Gefühl, dass es sich bei der freiwilligen Absiedlung in Wahrheit um eine versteckte Enteignung handelt. Die Hochwässer 2002 und 2013 sowie die Festlegung der Absiedlungszone haben aus Sicht der Betroffenen zu einem de-facto Wertverlust der Objekte am Immobilienmarkt geführt. Haushalte äußern die Meinung, dass dieser Wertverlust von politischen AkteurInnen bewusst in Kauf genommen wurde, um mehr Haushalte zu Absiedlung zu bewegen.
Furcht vor Wiederholung des Traumas	Die Hochwasserkatastrophe 2013 wurde von einigen Haushalten als traumatisches Ereignis wahrgenommen. Dies hat dazu geführt, dass selbst kurze Regengüsse zu Stimmungsschwankungen und innerer Panik führen. Einige kämpfen auch heute noch mit der Furcht vor der Wiederholung des Traumas.

Tab. B- 5: Themen im Cluster „Emotionale Bewertung“

B-4.4 Kapazitäten und Prozesse

Die Cluster und zentralen Themen der Kapazitäten und Prozesse werden in den Tabellen Tab. B- 6 bis Tab. B- 8 dargestellt und erläutert.

B-4.4.1 Soziale Kapazitäten und Prozesse

Zentrale Themen	Beschreibung
Sozialkapital nach Warnung und bei Wiederaufbau	Haushalte betonten die Bedeutung sozialer Netzwerke sowohl für die Vorbereitung in der Frühwarnphase unmittelbar vor der Hochwasserkatastrophe als auch für die Wiederaufbauphase. Weitreichende soziale Kontakte

	<p>ermöglichten Haushalten den Zugang zu relevanten Informationen (z. B. aktuelle Prognosen), um sich auf das Hochwasser entsprechend vorzubereiten. In der Wiederaufbauphase konnten gut vernetzte Haushalte über soziale Netzwerke Unterstützung bei Aufräumarbeiten und Schadensbehebung mobilisieren. Alteingesessene Familien haben enge Nachbarschafts- und Verwandtschaftskontakte, während Tagespendler nach Linz weniger stark in das lokale Sozialgefüge eingebunden sind.</p>
<p>Gemeinsames Vorgehen bei der Absiedlung</p>	<p>Einige Haushalte, die sich für die Absiedlung entschieden haben, profitieren durch gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen. Im Rahmen der Ersatzgrundstücksuche konnten größere Flächen geteilt werden. Manche rechnen auch damit, dass dadurch bei den Erschließungskosten gespart werden kann. Für den Bau der neuen Wohngebäude haben sich einige Haushalte zu Einkaufsgemeinschaften zusammengeschlossen, um Preisnachlässe bei Bauunternehmen zu erwirken.</p>
<p>Informationen einholen/zurückhalten/teilen</p>	<p>Unter den Haushalten zeigt sich kein konsistentes Muster, wie Informationen untereinander ausgetauscht werden. Wissen über Behördenvorgänge, Studien, Gesetzeslage u.ä. wurde nicht systematisch zwischen Nachbarn weitergegeben. Entsprechende Versuche verebbten, weil sich zu wenige Betroffene kontinuierlich und proaktiv einbrachten. Es ist eine stille Übereinkunft zwischen den Betroffenen zu beobachten, nicht über den Gebäudewert im Schätzgutachten zu sprechen, um keinen Neid auszulösen. Bei einzelnen Haushalten wurde eine strategische Informationspolitik wahrgenommen, mit der sich diese Haushalte einen Vorteil verschaffen wollten. Es gab jedoch gelegentliche Weitergabe von Informationen zu spezifischen Themen.</p>
<p>Absiedlungsthema stärkt/belastet Nachbarschaftsbeziehungen</p>	<p>Die Absiedlungsthematik prägte die nachbarschaftliche Kommunikation seit dem Hochwasser 2013. Auch in alltäglichen Gesprächen stand immer wieder die Frage, wer wann warum absiedelt, im Vordergrund; diese Dominanz überschattete andere, normale Themen. Einerseits beziehen Haushalte aus diesem Austausch soziale Unterstützung, etwa wenn durch die gemeinsam erlebte Katastrophe eine engere Beziehung gewachsen ist; andererseits erleben sie einen Verlust von früherer Unbeschwertheit, weil das ernste Thema Absiedlung immer wieder zur Sprache kommt. Am Absiedlungsthema kristallisieren alte Nachbarschaftskonflikte, bis hin zu Schuldzuschreibungen von „Zuzüglern“ gegenüber „Alteingesessenen“, die beim Bau von neuen Häusern in der Nachbarschaft nur zugesehen und keine Tipps für hochwassersicheres Bauen gegeben hätten.</p>
<p>Egozentrische Entscheidung</p>	<p>Durchwegs wird von den Betroffenen betont, dass die letztendliche Entscheidung, ob man gehen oder bleiben will, jeder Haushalt für sich alleine unter den Familienmitgliedern treffen müsse. In dieser Entscheidung lässt man sich gegenseitig alleine. Der Austausch von Argu-</p>

menten pro/contra Absiedlung zwischen den Betroffenen bleibt unverbindlich; die Entscheidungsgründe der anderen werden nicht in Frage gestellt.

Tab. B- 6: Themen im Cluster „Soziale Kapazitäten und Prozesse“

B-4.4.2 Persönliche Kapazitäten und Prozesse

Zentrale Themen	Beschreibung
Vorausschauendes Handeln	Jene Haushalte bewältigen die Hochwassergefahr und die Absiedlungsentscheidung besser, die einen längerfristigen Horizont in ihren Bewertungen und Abwägungen einnehmen. Manche Haushalte zeigen große Kompetenz, Handlungsoptionen vorab abzuklären und ihre Entscheidungsfindung durch gezielte Informationssuche, Ausschlussverfahren von Optionen und strategische Vorbereitung ihrer Rahmenbedingungen abzustützen.
Aktive politische Teilnahme	Manche Haushalte suchen eigeninitiativ den Kontakt zu politischen AkteurlInnen und zu SachbearbeiterInnen in der Verwaltung. Die Interessen und individuellen Problemlagen dieser Haushalte finden entsprechend besseres Gehör.
Opportunismus	Manche Haushalte haben oder entwickeln ein gutes Gespür für rechtliche, politische oder soziale Dynamiken, die sie sich zunutze machen können. Insofern ist Opportunismus eine egozentrische Ressource, welche die Absiedlungsentscheidung unterstützt. Aus der Perspektive anderer Betroffener birgt opportunistisches Handeln aber Neid- und Konfliktpotenzial.
Psychische Resilienz und Gelassenheit	Die emotionale Belastung des Hochwasserereignisses, aber auch das In-Frage-Stellen von Wohnvorstellungen und Ortsverbundenheit durch die Absiedlung stellen die Haushalte vor große Herausforderungen. Betroffene mit einer gelassenen Lebenseinstellung und guten persönlichen Ressourcen zur Bewältigung von Krisen und Traumata können mit der Absiedlungsthematik besonnen und zielorientiert umgehen.
Traditionelle Schutzpraktiken	In alteingesessenen Familien, die bereits seit Generationen im Eferdinger Becken leben, wird praktisches Handlungswissen über Frühwarnsignale, Notfallmaßnahmen (z.B. Hausrat höher stellen, Geräte und Vieh evakuieren) und Sofortmaßnahmen beim Wiederaufbau (z.B. Wände bereits beim beginnenden Rückgang des Wasserstands waschen) intergenerational weitergegeben. Betroffene erleben das richtige Handeln bei Hochwasser bereits als Kind und vermitteln es ihrerseits an ihre Kinder. Aufgrund dieser traditionellen, bewährten Schutzpraktiken wird das Hochwasserrisiko als vertrauter und bewältigbarer eingeschätzt als bei Haushalten, die nicht über einen solchen gewachsenen Erfahrungsschatz verfügen. Haushalte mit etablierten Schutzpraktiken entscheiden sich meist gegen die Absiedlung.

Erlebte/erzählte Hochwassererfahrung	Hochwasser verliert seinen Status als unbekanntes, schreckliches, unkontrollierbares und schicksalhaftes Risiko, wenn die Haushalte auf eigene oder von Dritten vermittelte Erfahrungen zurückgreifen können. Haushalte, die aus dem Hochwasser 2002 gelernt hatten, waren auf das Hochwasser 2013 deutlich besser vorbereitet und sehen zukünftigen Hochwässern gelassener entgegen.
Selbstwirksamkeit	Selbstwirksamkeit, das Vertrauen in die eigenen Problemlösefähigkeiten, wird in der einschlägigen Literatur als zentraler Faktor für private Anpassung beschrieben. Dies wird in den Interviews bestätigt: Haushalte mit hoher Zuversicht, dass sie ihr Schicksal aktiv durch selbstbestimmtes Handeln beeinflussen können, äußern optimistischere Erwartungen, dass sie mit zukünftigen Entwicklungen werden umgehen können – mit dem Aufbau einer neuen Existenz und Ortsidentität, wenn sie gehen, oder mit der Bewältigung kommender Hochwässer, wenn sie bleiben.

Tab. B- 7: Themen im Cluster „Persönliche Kapazitäten und Prozesse“

B-4.4.3 *Finanzielle und rechtliche Kapazitäten und Prozesse*

Zentrale Themen	Beschreibung
Finanzieller Polster	Sowohl die Aufräumarbeiten und der Wiederaufbau nach dem Hochwasser 2013, als auch die Schaffung eines neuen Wohnraums bei Absiedlern, wurden nicht vollständig durch öffentliche Förderungen abgedeckt. Haushalte mit höherem Einkommen und Rücklagen haben mehr Optionen und weniger Umsetzungshürden, um eine befriedigende Wohnsituation zu schaffen.
Bonität bei Banken	Bei Kreditnehmern unter den Haushalten, die ihr Wohngebäude als Ausfallssicherung deklariert haben, könnte der reale Wertverlust am Immobilienmarkt auch zu einer geschmäleren Bonität beim Kreditgeber führen. Diese Dynamik trifft allerdings nur auf vereinzelte Haushalte zu.
Bauverbot	In der Absiedlungszone gilt ein weitreichendes Bauverbot. Betroffene sehen dies als massive Einschränkung der Nutzungsmöglichkeiten ihres Objekts, etwa hinsichtlich Betriebserweiterungen oder Wohnraumschaffung für Jungfamilien und pflegebedürftige Großeltern.
Entscheidungsautorität	In mehrgenerational bewohnten Objekten wurde der Bauernhof teils bereits an die Kinder überschrieben. Altbauern mit Wohnrecht finden sich in der Lage, dass sie jedwede Absiedlungsentscheidung ihrer Kinder akzeptieren müssen. Die wenigen MieterInnen in der Absiedlungszone haben keine Mitsprache, ob und wann ihr Wohngebäude abgerissen wird.
Keine Förderung für Objektschutz	Wiederholt wird kritisiert, dass es öffentliche Förderungen nur für Schadenskompensation oder für eine Absiedlung gibt. Bauliche Nachrüstungen, um das Wohngebäude hochwassersicherer zu machen, sind nur umsetzbar, wenn die Haushalte über ausreichend private Geldmittel

	verfügen.
Persönliche rechtliche Kompetenzen	Die Absiedlung berührt zahlreiche rechtliche Felder. Jene Haushalte, die über entsprechendes rechtliches Wissen oder über Kenntnisse der Funktionsweise des Behördenapparats verfügen, können die Verwaltungsprozesse rund um Hochwasserschutz und die Absiedlung mehr zu ihren Gunsten gestalten.

Tab. B- 8: Themen im Cluster „Finanzielle und rechtliche Kapazitäten und Prozesse“

B-4.4.4 Politische Prozesse

Zentrale Themen	Beschreibung
Vor vollendete Tatsachen gestellt	Haushalte fühlen sich mit der Festlegung der Absiedlungszone und den damit verbundenen rechtlichen Rahmenbedingungen konfrontiert, ohne dass sie ihre Sichtweise und Expertise einbringen konnten. Erste informelle Ankündigungen der Absiedlung erfolgten bereits unmittelbar nach dem Hochwasser 2013 in Form von Unterschriftenlisten für unverbindliche Interessensbekundung. Haushalte fühlten sich von diesen Listen überrumpelt und zu einer Entscheidung gedrängt. Obwohl diese Unterschriftenlisten lediglich ein Stimmungsbild erfassen sollten, gewannen manche Haushalte den Eindruck, dass im politischen Gelegenheitsfenster unmittelbar nach der Hochwasserkatastrophe ein schon lange ausgearbeiteter Plan zur Absiedlung aus der Schublade geholt wurde.
Ohnmachtsgefühl	Haushalte erleben sich als ohnmächtig gegenüber politischen AkteurInnen: Ihre Stimme wird kaum gehört, Top-Down-Entscheidungen müssen hingenommen werden, sie können sich nicht der juristischen Durchsetzungskraft der Landesverwaltung entgegensetzen, mächtige Eliten und Institutionen lassen den Haushalten nur scheinbare Handlungsspielräume offen. Für die Haushalte spielte jedoch die Hochwasserthematik sowohl im Wahlkampf als auch bei ihrem persönlichen Wahlverhalten und beim Ausgang der oberösterreichischen Landtagswahlen im September 2015 keine Rolle.
Intransparente/nicht nachvollziehbare Entscheidungen	Die Grenzziehung der Absiedlungszone, die Abwägung mit anderen Optionen im öffentlichen Hochwasserschutz und damit verbundene politische Entscheidungen werden als nicht nachvollziehbar geschildert. Diskrepanzen mit der Hochwassererfahrung und –expertise der Haushalte wurden nicht geklärt und ausgehandelt.
Keine politische Verantwortung für Fehler übernommen	Aus Sicht der Haushalte ist es im Krisenmanagement des Hochwassers 2013 und in der Ankündigung der Absiedlung zu fehlerhaften, tagespolitisch getriebenen Entscheidungen gekommen. Gleichzeitig erkennen die Haushalte an, dass man in einer außergewöhnlichen Krisensituation kein perfektes, wohlüberlegtes Handeln aller AkteurInnen erwarten kann. Die Haushalte kritisieren nicht, dass es zu Fehlern gekommen ist; aber, dass diese Fehlern nicht offengelegt und analysiert wurden, und

	dass daraus keine oder mangelhafte Konsequenzen für zukünftiges Risikomanagement gezogen wurden. Diese Kritik richtet sich an die AkteurInnen auf Landesebene; die Bürgermeister werden als Getriebene des politischen Prozesses gesehen, die der Entscheidungsmacht auf Landesebene wenig entgegensetzen können.
Interessenskonflikte Land-Gemeinden	Insbesondere bei politischen Entscheidungen zum Bau von Hochwasserschutzmaßnahmen, bei der Flächenwidmung von Baugründen und bei der Festlegung der Absiedlungszone nehmen die Haushalte Interessenskonflikte und Reibungsverluste zwischen den politischen Ebenen Land und Gemeinde wahr.
Fehlende vertrauenswürdige Informationen	Die Haushalte kritisieren einen Mangel an klaren AnsprechpartnerInnen und zuverlässigen Informationen: Bei Pegelständen und Lageberichten während des Hochwassers 2013, bei Detailfragen zu rechtlichen und Abwicklungsaspekten rund um die Absiedlung, und bei der Einschätzung von zukünftigen Hochwasserrisiken und Schutzmaßnahmen im Eferdinger Becken. Die Vernetzung der Behörden untereinander wurde von den Haushalten als mangelhaft wahrgenommen.
Experten-Laien-Gefälle	Die Risikokommunikation wird als zu abstrakt beschrieben. Die Haushalte hatten Schwierigkeiten, die Informationen seitens der politischen AkteurInnen mit ihren eigenen impliziten Modellen von Hochwasserprozessen in Einklang zu bringen. Eine technisch-juristische Sprache bei Informationsveranstaltungen und –schreiben erschwerte das intuitive Verständnis und Einordnen der Informationen. ExpertInnen wird teils das Hintergrundwissen für die kleinräumigen Besonderheiten der Region Eferdinger Becken abgesprochen.
Informationsveranstaltungen	Kommunikationsmaßnahmen der politischen AkteurInnen beschränkten sich gemäß der Angaben der Betroffenen weitgehend auf Informationsveranstaltungen, mit Fokus auf Frontalvorträgen und anschließender Publikumsdiskussion mit Saalmikrofon. Die präsentierten Themen wurden als Bekanntgabe unverrückbarer Entscheidungen oder als Wiederholung bereits bekannter Inhalte erlebt. Diese Veranstaltungen wurden oft von wenigen, eloquenten Betroffenen dominiert, während der Großteil der Haushalte ihre Fragen und Bedenken nicht artikulieren und beantwortet bekommen konnte.
Rechtfertigung	Die Kommunikation der politischen AkteurInnen war vorrangig reaktiv, z.B. durch Beauftragung und Präsentation von Studien, die verbreitete Erklärungsmuster zur Kraftwerkssteuerung widerlegen sollten. Statt proaktiver, transparenter Begründung wurden erst bei Widerspruch und Kritik Gegenargumentationslinien aufgebaut.

Tab. B- 9: Themen im Cluster „Politische Prozesse“

B-5 Handlungsoptionen

Die hier vorgeschlagenen Handlungsoptionen für die Gestaltung von Absiedlungsprozessen gehen von den folgenden Prämissen aus, welche einerseits die historische Entwicklung des Absiedlungsprojektes im Eferdinger Becken und andererseits die politische Machbarkeit von Absiedlungen in anderen Regionen widerspiegeln:

- Repräsentativ-demokratisch gewählte EntscheidungsträgerInnen treffen top-down die grundsätzliche Entscheidung, dass eine Absiedlung in einer definierten Zone durchgeführt wird. Würde man diese Entscheidung direktdemokratisch bottom-up von den betroffenen BürgerInnen treffen lassen, käme es vermutlich nur in seltenen Fällen zu einer Absiedlung, selbst wenn sie ingenieurtechnisch, volkswirtschaftlich, aus einer sozialen Abwägung heraus, etc. sinnvoll wäre.
- Die Absiedlungsentscheidung erfolgt freiwillig und autonom durch jeden einzelnen Betroffenen.
- Es gelten die rechtlichen Rahmenbedingungen (Schätzungsgutachten, 80% des Gebäudewerts werden abgelöst, keine Ablöse des Grundstücks, etc.), wie sie derzeit österreichweit angewandt werden.
- Die Verantwortung für die vorliegende Hochwassersituation wird nicht einzelnen AkteurInnen zugeschrieben, sondern von der Solidargemeinschaft der österreichischen SteuerzahlerInnen getragen, auch wenn die Hochwassergefährdung, die eine Absiedlung erst erforderlich macht, durch jahrelanges unbedachtes oder verschlepptes Handeln oder Ignorieren von kumulierten Risiken durch Kraftwerksbetreiber, Verantwortliche für Flächenwidmung, ZuzüglerInnen aus dem Linzer Ballungsraum, etc. zustande kam.
- Ziel des Absiedlungsprojekts ist eine 100%ige Absiedlung aller Haushalte in der Absiedlungszone. Anzumerken ist, dass gemäß der Auskünfte der verschiedenen AkteurInnen im Eferdinger Becken kein Ziel deklariert wurde, welcher Prozentsatz an abgesiedelten Haushalten erreicht werden soll. Implizit dürfte aber ein Ziel von 100% angestrebt worden sein.

Die hier vorgeschlagenen Handlungsoptionen thematisieren daher vorrangig den Gestaltungs- und Kommunikationsprozess während einer Absiedlung, nicht zuletzt weil die Interviews in vielen Facetten auf ein weitverzweigtes Kommunikationsdefizit in der Fallstudie Eferdinger Becken hinweisen.

Abb B-13 stellt die Handlungsoptionen entlang des Zeitverlaufs dar von der Bewältigung eines Hochwasserereignisses, über den Wiederaufbau, die Ankündigung und Entscheidungsfrist der Absiedlung bis hin zur individuellen Entscheidung, ob man geht oder bleibt. Die farbliche Schattierung zeigt, welche AkteurInnen sich die Verantwortung für die Umsetzung der jeweiligen Handlungsoptionen teilen könnten. Tab B-10 bietet eine detaillierte Beschreibung der Themenblöcke.

Durchgehendes Thema in den meisten Handlungsoptionen ist die klare Empfehlung eines engeren, personalisierten Kontakts mit den Haushalten. Die Interviews im vorliegenden Projekt waren, zweieinhalb Jahre nach dem Hochwasser 2013, nach Auskunft vieler Haushalte die erste Gelegenheit, ihre persönliche Sichtweise und emotionale Betroffenheit in einem Einzelgespräch zu artikulieren. Gemäß Auskunft der Landesverwaltung gab es aber zahlreiche Initiativen, um Gelegenheiten für persönlichen Kontakt zu schaffen (siehe B-5.3). Allgemeine Erfahrungen im Forschungsfeld Risikokommunikation zeigen, dass personalisierte Konsultation bereits zu deutlich höherer Politikakzeptanz führen kann, selbst wenn diese Konsultation nicht in vollpartizipative Entscheidungsfindung mündet.

Im Absiedlungsprozess im Eferdinger Becken hatte, zumindest nicht aus Sicht der Haushalte, keine Person oder Institution die Rolle, den politischen Prozess zwischen allen Beteiligten empathisch, neutral und glaubwürdig zu moderieren. Vermutlich war dies der Hauptgrund, warum weite Teile der Risikobewertung und der wirtschaftlichen Bewertung, sowie die gesamte emotionale Bewertungsdimension im politisch-öffentlichen Diskurs ausgeklammert wurden. Es ist jedoch kaum praktisch vorstellbar, die Verantwortung für gelungene Risikokommunikation an eine einzige Person oder Institution auszulagern, die dafür über umfassende Legitimation und Vertrauenswürdigkeit verfügen müsste. Stattdessen wird hier vorgeschlagen, Risikokommunikation während eines Absiedlungsprozesses als einen zivilgesellschaftlichen Diskurs zu gestalten, im dem alle Involvierten Verantwortung für das Gelingen einzelner Elemente des Diskurses übernehmen. Die Rolle des/der ModeratorIn würde dann darauf fokussieren, dass sich alle AkteurInnen ihre Verantwortung aneignen und ausfüllen. Die farbliche Schattierung in Abb B-13 unterstreicht, wie in den verschiedenen Diskurselementen die AkteurInnen Politik und Verwaltung, Gutachter und Kraftwerksbetreiber, BürgerInnen, sowie Nicht-Regierungs-Organisation interagieren können.

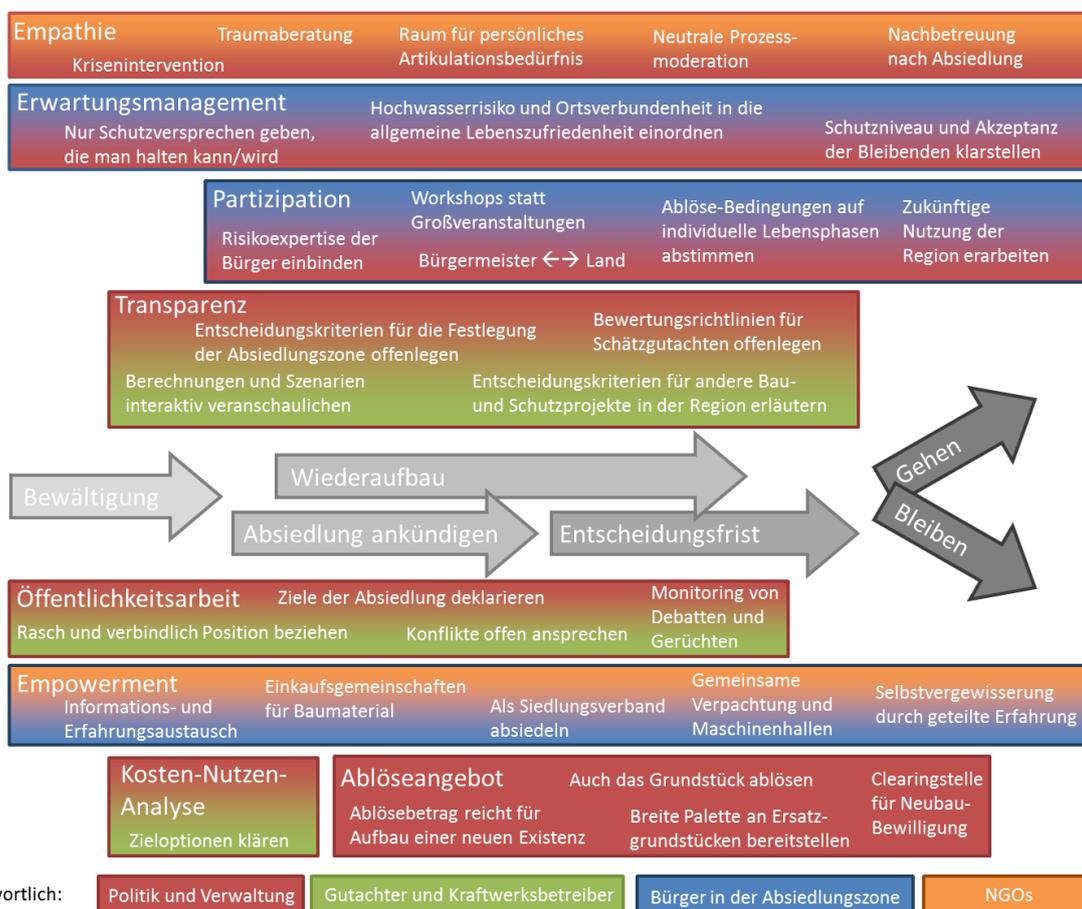


Abb. B- 13: Umsetzungs- und kommunikationsbezogene Handlungsoptionen

B-5.1 Kommunikationsbezogene Handlungsoptionen

Handlungsoption	Beschreibung
Empathie	Hochwassererfahrung und Absiedlung berühren das Selbstverständnis der Betroffenen in vielfältiger Weise. Wenn die Betroffenen mit ihren Krisenerfahrungen und Identitätsfragen nicht alleine gelassen werden, sondern

	<p>sich in einem privaten Rahmen artikulieren können, kann eine Vertrauensbasis aufgebaut werden, die spätere, auch kontroverse Kommunikationsschritte deutlich erleichtert.</p>
Erwartungsmanagement	<p>Hochwasser und Absiedlung sind derart zentrale Themen aus Sicht der Haushalte, dass vorschnell gegebene Versprechen nicht in Vergessenheit geraten. Im Gegenteil, frühere Zusagen werden eingefordert; werden diese Zusagen unzureichend erfüllt, kommt es zu Frustration und Protest. Beispiele dafür sind überzogene Schutzversprechen beim Kraftwerksbau in den 1970/1980er Jahren, oder die politische Ankündigung umfassender finanzieller Hilfe für die Hochwasserbetroffenen unmittelbar nach dem Ereignis 2013. Faire Kommunikation bietet zeitgerechte, klare und verbindliche Aussichten. Ebenso ist es die Rolle der betroffenen BürgerInnen, die Absiedlungsthematik nicht aufzubauen, sondern in Relation zu anderen Quellen ihrer persönlichen Lebensqualität zu stellen.</p>
Partizipation	<p>In Zeiten von bürgerlichem Selbstbewusstsein und Selbstorganisation/-information in sozialen Medien stößt ein konventionelles Politikverständnis schnell an Grenzen. Die partizipative Einbindung der Hochwasserexpertise der Betroffenen bietet kleinräumige und damit bürgernahe Lösungsansätze für Risikomanagement- und Nutzungskonzepte in der Region. In Workshop-Formaten statt frontal orientierten Informationsveranstaltungen kann vermieden werden, dass wenige eloquente RednerInnen die Diskussion an sich ziehen. Ebenso sollte lokalpolitisches Handlungswissen auf Gemeindeebene gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse auf Landesebene einfließen.</p>
Transparenz	<p>Haushalte bemerken vermeintliche Widersprüche im politischen Handeln und ordnen diese kritisch ein. Beispiele für wahrgenommene Widersprüche sind der Ausbau der Regattastrecke Ottensheim trotz der Lage am Flussufer; der Ausbau einer Fischaufstiegshilfe ohne gleichzeitig Sedimente aus dem Flussbett zu baggern; die Ausnahme des FKK-Bereichs Alkoven aus der Absiedlungszone, obwohl dieser mitten im Überschwemmungsgebiet liegt. Zugleich zeigen die Haushalte hohes Verständnis für die Notwendigkeit politischer Abwägungen, selbst wenn sie persönlich dadurch benachteiligt werden. AkteurInnen sollten die Kriterien, aufgrund derer sie zu ihren politischen Entscheidungen kommen oder auch die Schätzgutachten des Gebäudewerts erstellen, offenlegen und zur Debatte stellen. Die Entscheidung selbst bleibt in politisch legitimerter Hand; Transparenz kann aber für Nachvollziehbarkeit und in weiterer Folge höhere Akzeptanz sorgen.</p>
Öffentlichkeitsarbeit	<p>Öffentlichkeitsarbeit sollte eine strategische Hintergrundaktivität sein, die nicht tagespolitisch getrieben, aber mit einem wachen Ohr für aktuelle Entwicklungen</p>

die parallelen Kommunikationsstränge bündelt. Hinter der Hochwasserthematik stehen oft historisch gewachsene Konfliktlinien aller AkteurInnen – Flächenwidmung durch AltbürgermeisterInnen, naive Wohnortwahl durch Zuzügler, optimistische Bemessungsszenarien im Hochwasserschutz, etc. In gelungener Öffentlichkeitsarbeit sprechen alle Beteiligten offen ihre früheren Wunschdenken oder nachlässiges Handeln an, und entwickeln daraus konstruktive Verbesserungsstrategien. Vor dem Hintergrund explizit deklarerter Ziele kann es leichter fallen, konkrete Umsetzungsschritte des Absiedlungsprojekts zu argumentieren.

Die zeitliche Staffelung der verschiedenen Umsetzungsschritte bedarf eines sensiblen und durchdachten Kommunikationsplans: Eine rasche Ankündigung der Absiedlung unmittelbar nach einem Hochwasserereignis kann „sunk costs“ für die provisorische Instandsetzung von Wohnraum vermeiden; allerdings kann eine solche Ankündigung auch als Überrumpeln und Drängen zu einer Absiedlungsentscheidung wahrgenommen werden. Eine rasche Abwicklung der Absiedlung verkürzt quälende Unentschlossenheit seitens der Haushalte; allerdings benötigen die Abstimmung zwischen Landes- und Gemeindepolitik oder der Erstellungs- und Prüfungsprozess der Schätzgutachten ausreichend Zeit.

Tab. B- 10: Themen in kommunikationsbezogenen Handlungsoptionen

B-5.2 Umsetzungsbezogene Handlungsoptionen

Handlungsoption	Beschreibung
Empowerment	Haushalte können Hochwassergefahren und Absiedlung besser bewältigen, wenn sie dafür auf soziale Ressourcen zurückgreifen können. Halbformelle Zusammenschlüsse können materielle und informationelle Unterstützung mobilisieren.
Kosten-Nutzen-Analyse	Eine Kosten-Nutzen-Analyse auf Basis transparenter Bewertungskriterien kann die Vor- und Nachteile von Absiedlung gegenüber anderen Optionen im Hochwasserschutz klären. Bei niedriger Siedlungsdichte im ländlichen Raum sind aber möglicherweise alle Hochwasserschutzmaßnahmen strenggenommen unwirtschaftlich.
Ablöseangebot	Die aktuellen Bedingungen machen die Annahme des Ablöseangebots vor allem dann attraktiv, wenn der Haushalt anderen wirtschaftlichen Zwängen unterliegt, vor allem bei Wertverlust am Immobilienmarkt oder wegen intergenerationaler Fragen innerhalb der Familie (z.B. Hofübernahme). Wenn auf materielle Anreize zur Absiedlung gesetzt wird und eine freiwillige Absiedlung aller Haushalte aus der Absiedlungszone angestrebt wird, sollte auch das Grundstück abgelöst und eine

breite Palette an Ersatzgrundstücken angeboten werden.

Um die unterschiedlichen Lebenssituationen der Betroffenen besser zu berücksichtigen, könnte eine Palette an Beratungsmodellen und Ablöseangeboten entwickelt werden. Anstelle identer Absiedlungsbedingungen für alle könnte eine Bandbreite an strukturierten Absiedlungsmodellen zu besserer Passung auf die Lebenssituation und in weiterer Folge höherer Akzeptanz führen. Ansatzpunkte wären

- Modelle, die Landwirten die Zufahrt zu ihren landwirtschaftlichen Flächen und den Betrieb von Maschinenhallen in der Absiedlungszone ermöglichen;
- Modelle, die PensionistInnen das Verbleiben im Gebäude während ihrer letzten Lebensjahre ermöglichen, und in denen erst die Erben das Absiedlungsangebot formal annehmen.

Tab. B- 11: Themen in umsetzungsbezogenen Handlungsoptionen

B-5.3 Handlungsoptionen aus Sicht der Verwaltung

Die vorangegangenen Kapitel beschreiben Wahrnehmungen, Bedürfnisse und Handlungsoptionen aus Sicht der betroffenen BürgerInnen. Anfang Juli 2016 wurden in einem transdisziplinären Stakeholderprozess Kernergebnisse mit der Verwaltung und mit politischen Vertretern auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene in einem Ergebnisworkshop und in Hintergrundgesprächen diskutiert und validiert. Dieses Kapitel stellt die Perspektiven von BürgerInnen und Verwaltung/Politik gegenüber.

Perspektive der BürgerInnen	Perspektive der Verwaltung/Politik
------------------------------------	---

Bedarf nach engerem, personalisiertem, empathischen Kontakt	
---	--

	Man ist sich bewusst, dass die Betroffenen ein Bedürfnis nach persönlichen, empathischen Gesprächsformaten haben, und dass die BürgerInnen nach solchen Gesprächen auch eher bereit sind, Nachteile oder finanzielle Einbußen in Kauf zu nehmen. Oft fehlt aber die Zeit, solche Gespräche angemessen zu führen.
--	--

Mit den Gruppenberatungen der Caritas, mit den „Ohrwaschelgesprächen“ des Landes (Gespräche mit BürgerInnen in Kleingruppen mit VertreterInnen der Landesverwaltung und -politik) sowie mit Gesprächsrunden der Bürgermeister wurden personalisierte Gesprächsangebote gemacht. Diese Angebote konnten sich aber nicht dauerhaft etablieren – teils weil der Rahmen am Wirtshaustisch zu wenig vertraulich war und BürgerInnen Scheu davor hatten, zu einem „Therapie“-Gespräch zu gehen.

Die „Ohrwaschelgespräche“ wurden in den Interviews von den Betroffenen nicht erwähnt. Die kommende Erhebungswelle soll klären, wie diese Gespräche von den Betroffenen erlebt wurden.

Wertverlust durch Zonierung, erlebte Enteignung	Ein eventueller Preisverfall am Immobilienmarkt wird nicht auf die Ausweisung der Absiedlungszone, sondern auf die Ausweisung als Hochwasserabflussgebiet zurückgeführt. Falls es Preiseffekte gab, wären diese relativ kurzfristig – sobald die Hochwassergefahr im öffentlichen Bewusstsein vergessen wird, gehen die Preise wieder auf das alte Niveau zurück. Die hohen Immobilienpreise entstehen durch das generell geringe Angebot an Bauflächen, das durch den geplanten Ausbau des technischen Hochwasserschutzes noch weiter verknappt wird.
Ablöseangebot	Absiedlungen werden zu österreichweit einheitlichen Bedingungen durchgeführt. Eine Grundstücksablöse und eine breitere Palette an Ersatzgrundstücken können derzeit politisch nicht erfüllt werden. Bei einer Ablöse von 100% des Gebäudewerts könnten jene Betroffenen auf Ungleichbehandlung klagen, die in früheren Ablösenangeboten nur 80% erhalten haben. Manche Betroffenen haben unrealistisch hohe Erwartungen an Ersatzgrundstücke.
Kraftwerkssteuerung	Diese Theorie bietet das beste und einfachste Erklärungsmuster für die Betroffenen. Bevor man sich mit anderen Ursachen der Hochwassergefahr auseinandersetzt, wird diese Erklärung aufgegriffen. Die öffentliche Debatte wird in erster Linie von Haushalten geführt, die gar nicht in der Absiedlungszone wohnen oder beim Hochwasser 2013 nur geringe Schäden erlitten haben.
Ziele der Absiedlung deklarieren	Es ist von Anfang an klar und wiederholt kommuniziert worden, dass es in der Absiedlungszone keine neuen Hochwasserschutzmaßnahmen geben wird.

Tab. B- 12: Gegenüberstellung der Perspektiven von BürgerInnen und Verwaltung/Politik

Sowohl von Betroffenen als auch von der Landesverwaltung wird häufig auf die Absiedlung im Machland nach dem Hochwasserereignis 2002 verwiesen. Zumindest seitens der BürgerInnen dürfte dieser Vergleich retrospektiv verzerrt sein; nur wenige BürgerInnen haben Informationen über den Absiedlungsprozess im Machland aus erster Hand. Die BürgerInnen schildern, dass im Machland höhere Ablösen ausgezahlt wurden, mehr und attraktivere Ersatzgrundstücke angeboten wurden, es mehr Zeit zur persönlichen Entscheidungsfindung gab, und mehr Transparenz und Mitsprachemöglichkeit herrschte. Vertreter der Verwaltung betonen, dass die Absiedlung im Machland in einem anderen politischen Klima durchgeführt wurde, mit Landesräten als „policy entrepreneurs“, die das Absiedlungsprojekt an die Bürgermeister vermittelt haben. Zudem gab es im Machland einen höheren Leidensdruck der Bevölkerung durch wiederholte Hochwasserereignisse als im Eferdinger Becken, sowie eine bereits vorab über etliche Jahre hinweg geführte öffentliche Debatte über Risiken und Optionen im Hochwasserschutz. Diese Faktoren führten dazu, dass die Betroffenen bereits bezüglich Hochwassergefahr sensibilisiert waren. Im Machland fiel die Absiedlungsentscheidung nicht für jeden einzelnen Haushalt, sondern für geschlossene Ortsverbände, was sozialen Druck unter den Betroffenen ausgelöst haben könnte. Das Machland wird als zweite Fallstudie im Folgeprojekt RELOCATE2016-2018 untersucht.

Eine zentrale Hürde im Absiedlungsprojekt Eferdinger Becken sehen Vertreter der Landesverwaltung darin, dass Entscheidungen und Vorgangsweisen, die auf Landesebene getroffen werden, von den Bürgermeistern vor Ort in ihren Gemeinden in der tagespolitischen Arbeit nicht umgesetzt werden. Bürgermeister versprechen ihren BürgerInnen, sich für deren Wünsche einzusetzen. Damit unterwandern die Bürgermeister die Ent-

scheidungen der Landesverwaltung oder des Absiedlungs-Beirats; gelingt es ihnen nicht, die Gemeinde-Partikularinteressen durchzusetzen, so wird gegenüber den BürgerInnen die Schuld auf die Landes- und Bundesverwaltung geschoben. Ähnlich wie im historischen Fall Machland wäre hier eine klare Linie der hochrangigen LandespolitikerInnen erforderlich.

B-6 Schlussfolgerung und Ausblick

Das Hauptziel von RELOCATE, zeitgerecht in den Absiedlungsprozess im Eferdinger Becken einzusteigen und mit einer breit angelegten Vorher-Messung die Grundlage für eine sozialwissenschaftliche Begleitforschung im Längsschnitt zu legen, wurde erfüllt. Mit dem vorliegenden Datenmaterial von 78 Haushalten aus der Absiedlungszone, einem breiten Adresspool an Betroffenen und nicht zuletzt dem Aufbau von Vertrauensbeziehungen zu Schlüsselpersonen und Involvierten im Fallstudiengebiet wurde die Grundlage gelegt, um das „soziale Experiment“ Absiedlung im Eferdinger Becken über mehrere Befragungswellen hinweg begleiten zu können.

Im Dezember 2015 wurde das Folgeprojekt RELOCATE2016-2018 - *Social and land-use impacts of flood relocation policies in the Eferding and Machland region: Longitudinal study of the 2016-2018 period* in der 8. Ausschreibung des Austrian Climate Research Programme bewilligt. Bei einer Fördersumme von € 199.838 werden das Wegener Center für Klima und Globalen Wandel (Universität Graz) und das Institut für Alpine Naturgefahren (Universität für Bodenkultur Wien) das Fallstudiengebiet Eferdinger Becken mit Erhebungswellen in 2016, 2017 und 2018 weiter untersuchen. Zusätzlich wird die Region Machland als weiteres Fallstudiengebiet für die langfristigen Folgewirkungen von Absiedlungen hinzugezogen (Abb. B.14). Das Methodenspektrum wird erweitert um standardisierte Befragungen der Allgemeinbevölkerung in den Fallstudiengemeinden, sowie um eine Analyse der netz-infrastrukturellen Folgen von Absiedlungen.

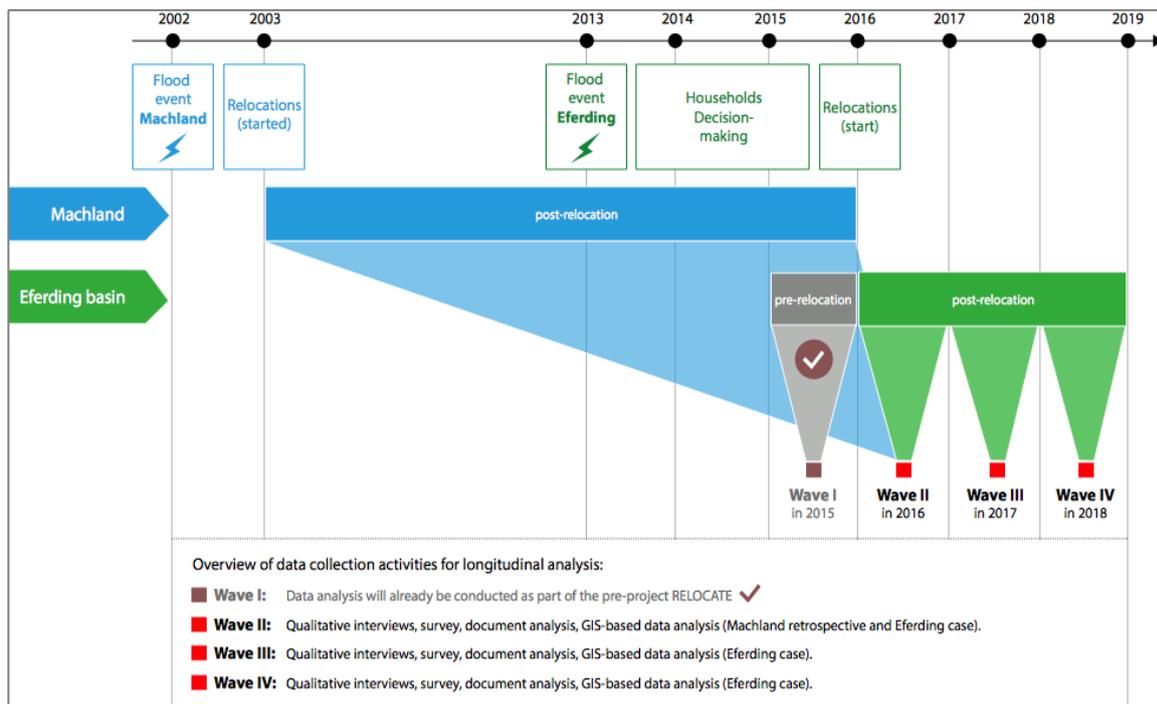


Abb. B- 14: Übersicht Datenerhebung mit geplanten Wellen in RELOCATE2016-2018

Literaturverzeichnis

- Aida, J., Kawachi, I., Subramanian, S. V., Kondo, K. (2013). Disaster, Social Capital, and Health. In: Kawachi, I., Takao, S., Subramanian, S. V. (Eds.), *Global Perspectives on Social Capital and Health*, (pp167-187). Springer: New York.
- Anschöber R. (2014a). *Protokoll Sitzung des Beirates für das Eferdinger Becken am 20.01.2014*. Landesrat für Umwelt, Energie, Wasser und KonsumentInnenenschutz, Land Oberösterreich. Linz.
- Anschöber R. (2014b). *Die Zukunft des Hochwasserschutzes im Eferdinger Becken*. Präsentation im Rahmen der Informationsveranstaltung in Feldkirchen, März 2014. Landesrat für Umwelt, Energie, Wasser und KonsumentInnenenschutz, Land Oberösterreich. Linz.
- Anschöber R. (2013a). *Konsequenzen aus der Hochwasserkatastrophe im Eferdinger Becken: Der Weg zur Zukunftsvorsorge*. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung. Linz.
- Anschöber R. (2013b). Beantwortung der schriftlichen Anfrage betreffend Hochwassereignis 2013. Landesrat für Umwelt, Energie, Wasser und KonsumentInnenenschutz, Land Oberösterreich. Linz.
- APCC, Helga KROMP-KOLB, Nebojsa NAKICENOVIC, Karl STEININGER, Andreas GOBIET, Herbert FORMAYER, Angela KÖPPL, Franz PRETTENTHALER, Johann STÖTTER, Jürgen SCHNEIDER (Hg.). Österreichischer Sachstandsbericht Klimawandel 2014 (AAR14). Austrian Panel on Climate Change (APCC), Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, Österreich.
- Baker, E., & Arthurson, K. (2007). Housing, Place or Social Networks: What's More Important for Relocating Tenants? *Australian Planner* 44(4): 28-35.
- Binder, S. B., Baker, C. K., Barile, J. P. (2015). Rebuild or Relocate? Resilience and Post-disaster Decision-Making after Hurricane Sandy. *American Journal of Community Psychology* 56: 180-196.
- Blaze, J. T., & Shwalb, D. W. (2009). Resource Loss and Relocation: A Follow-up Study of Adolescents Two Years after Hurricane Katrina. *Psychological Trauma: Theory, Research, Practice, and Policy* 1(4): 312-322.
- Blöschl G., Nester T. (2014). *Hochwasser 2013: Evaluierung des Prognosemodells und der Kommunikation*. Technische Universität Wien.
- BMLFUW 2009
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012a): Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel – Teil 1 Kontext, Wien.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012b): Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel – Teil 2 Aktionsplan, Wien.
- Correa, E., Cortes, F. R., Sanahuja, H. (2011). *Populations at Risk of Disaster: A Resettlement Guide*. World Bank: Washington, DC.
- Cutter, S. L., Boruff, B. J., Shirley, W. L. (2003). Social Vulnerability to Environmental Hazards. *Social Science Quarterly* 84(2): 242-261.
- de Sherbinin, A., Castro, M., Gemenne, F., Cernea, M. M., Adamo, S., Fearnside, P., Krieger, G., Lahmani, S., Oliver-Smith, A., & Pankhurst, A. (2011). Preparing for Resettlement Associated with Climate Change. *Science*, 334(6055), 456-457.

- Devine-Wright, P. (2013). Think Global, Act Local? The Relevance of Place Attachments and Place Identities in a Climate Changed World. *Global Environmental Change* 23: 61-69.
- Eidenberger, J. (2007). *Waldinger Geschichts-Bilderbuch*. Eigenverlag, Walding.
- Erikson, K. T. (1994). *A New Species of Trouble: Explorations in Disaster, Trauma, and Community*. Norton: New York.
- Esnard, A. M., Sapat, A., Mitsova D. (2011). An Index of Relative Displacement Risk to Hurricanes. *Natural Hazards* 59(2): 833-859.
- Ferris, E. (2015). Climate-Induced Resettlement: Environmental Change and the Planned Relocation of Communities. *SAIS Review of International Affairs* 35(1): 109-117.
- Granovetter, M. S. (1973). The Strength of Weak Ties. *American Journal of Sociology* 78(6): 1360-1380.
- Habersack, H., Bürgel, J., & Kanonier, A. (2009). *Floodrisk II: Vertiefung Und Vernetzung Zukunftsweisender Umsetzungsstrategien Zum Integrierten Hochwassermanagement*. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.
- Handmer, J. (1987). Guidelines for Floodplain Acquisition. *Applied Geography* 7: 203-221.
- Hori, M., & Schafer, M. J. (2010). Social Costs of Displacement in Louisiana after Hurricanes Katrina and Rita. *Population and Environment* 31(1-3): 64-86.
- Imura, M., & Shaw, R. (2009). Challenges and Potentials of Post-Disaster Relocation. *Asian Journal of Environment and Disaster Management* 1(2): 199-221.
- Johnson, C., Tunstall, S., Priest, S., McCarthy, S., Penning-Rowsell, E. (2008). *Social Justice in the Context of Flood and Coastal Erosion Risk Management: A Review of Policy and Practice*. R&D Technical Report FD26005TR, London.
- Kates, R. W., Travis, W. R., & Wilbanks, T. J. (2012). Transformational Adaptation When Incremental Adaptations to Climate Change are Insufficient. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 109(19), 7156-7161.
- Keraminiyage, K., & Piyatadsananon, P. (2013). Achieving Success in Post-Disaster Resettlement Programmes through Better Coordination between Spatial and Socio-Economic/Cultural Factors. *International Journal of Disaster Resilience in the Built Environment* 4(3): 352-372.
- Kirschenbaum, A. (1996). Residential Ambiguity and Relocation Decisions: Population and Areas at Risk. *International Journal of Mass Emergencies and Disasters* 14(1): 79-96.
- Kuhlicke, C. (2008). Naturrisiken und Umsiedlungen. Die Umsiedlung Valmeyers (USA) nach dem Mississippi-Hochwasser von 1993. In: Felgentreff, C., Glade, T. (Eds.). *Naturrisiken und Sozialkatastrophen*. Springer: Berlin.
- Linke, S., Schiffer, L. (2002). Development Prospects for the Post-Mining Landscape in Central Germany. In: Mudroch, A., Stottmeister, U., Kennedy, C., Klapper, H. (Hrsg.): *Remediation of Abandoned Surface Coal Mining Sites*, S. 111-149, Springer.
- López-Carr, D., & Marter-Kenyon, J. (2015). Human Adaptation: Manage Climate-Induced Resettlement. *Nature*, 517(7534), 265.
- McDowell, C. (2013). Climate Change Adaptation and Mitigation: Implications for Land Acquisition and Population Relocation. *Development Policy Review* 31(6): 677-695.
- Meinbezirk.at (2015). Einige Familien zögern mit Absiedelung. Erschienen am 23.12.2015. Verfügbar unter: <http://www.meinbezirk.at/urfahr-umgebung/lokales/einige-familien-zoegern-mit-absiedelung-d1581675.html>

- Oberösterreichische Landesregierung (2007). *Natur und Landschaft / Leitbilder für Oberösterreich. Band 8: Raumeinheit Eferdinger Becken*. Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Naturschutzabteilung. Linz.
- Okada, T., Haynes, K., Bird, D., van den Honert, R., King, D. (2014). Recovery and Resettlement Following the 2011 Flash Flooding in the Lockyer Valley. *International Journal of Disaster Risk Reduction* 8: 20-31.
- Passerini, E. (2000). Disasters as Agents of Social Change in Recovery and Reconstruction. *Natural Hazards Review* 1(2): 67-72.
- Pelling, M., & High, C. (2005). Understanding Adaptation: What Can Social Capital Offer Assessments of Adaptive Capacity? *Global Environmental Change* 15(4): 308-319.
- Perry, R. W., & Lindell, M. K. (1997). Principles for Managing Community Relocation as a Hazard Mitigation Measure. *Journal of Contingencies and Crisis Management* 5(1): 49-59.
- Proshansky, H. M., Fabian, A. K. Kaminoff, R. (1983). Place-identity: Physical World Socialization of the Self. *Journal of Environmental Psychology* 3: 57-83.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. Simon & Schuster: New York.
- Richter, P. G. & Goller, K. (2008). Ortsidentität und Ortsbindung. In: Richter, P. G. (Ed.), *Architekturpsychologie: Eine Einführung*, (pp175-207). Pabst Science Publishers: Lengerich.
- Sanders, S., Bowie, S. L., Bowie, Y. D. (2004). Chapter 2: Lessons Learned on Forced Relocation of Older Adults: The Impact of Hurricane Andrew on Health, Mental Health, and Social Support of Public Housing Residents. *Journal of Gerontological Social Work* 40(4): 23-35.
- Sipe, N., & Vella, K. (2014). Relocating a Flood-Affected Community: Good Planning or Good Politics? *Journal of the American Planning Association* 80(4): 400-412.
- Terminski, B. (2012). Mining-Induced Displacement and Resettlement: Social Problem and Human Rights Issue. University of Geneva Working Paper. Verfügbar unter: <http://hdl.handle.net/10535/8836>
- Weingraber F. (2013). *Eferdinger Becken Hochwasserschutz*. Land Oberösterreich, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (UWD), Abteilung Oberflächengewässerwirtschaft (OFW), Gruppe Schutzwasserwirtschaft. Präsentation vom 23.10.2013.
- Weingraber F. (2015). *Eferdinger Becken Hochwasserschutz*. Land Oberösterreich, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft (UWD), Abteilung Oberflächengewässerwirtschaft (OFW), Gruppe Schutzwasserwirtschaft. Präsentation vom 29.04.2015.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abb. B- 1: Fallstudienregion Eferdinger Becken in Oberösterreich	12
Abb. B- 2: Historischer Retentionsraum Eferdinger Becken (Eidenberger 2007)	13
Abb. B- 3: Absiedlungszone (rot) mit den drei Fallstudiengemeinden	14
Abb. B- 4: Überflutungsfläche im Eferdinger Becken 2013 (Weingraber 2015).....	15
Abb. B- 5: Plakatwettkampf zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen	16
Abb. B- 6: Eindrücke aus der Siedlung Hagenau (Goldwörth) in der Absiedlungszone.....	19
Abb. B- 7: Organisatorische Blöcke und Ablauf der Datenerhebung.....	20
Abb. B- 8: Aufteilung der Interviews nach Kalenderwochen und Interviewer.....	22
Abb. B- 9: Erhebungsinstrumente Leitfaden, Netzkarte und Fragebogen	22
Abb. B- 10: Ausgefüllte Netzkarte Nachbarschaft (Namen unkenntlich gemacht)	24
Abb. B- 11: Auszug aus dem standardisierten Haushaltsfragebogen	24
Abb. B- 12: Bewertungsdimensionen und Kapazitäten bzw. Prozesse als Themencluster ...	27
Abb. B- 13: Umsetzungs- und kommunikationsbezogene Handlungsoptionen	40
Abb. B- 14: Übersicht Datenerhebung mit geplanten Wellen in RELOCATE2016-2018	46

Tabellen

Tab. B- 1: Anteil der in der Raumeinheit Eferdinger Becken liegenden Gemeindeflächen---	12
Tab. B- 2: Zusammensetzung der Stichprobe	25
Tab. B- 3: Themen im Cluster „Risikobewertung“	30
Tab. B- 4: Themen im Cluster „Wirtschaftliche Bewertung“	32
Tab. B- 5: Themen im Cluster „Emotionale Bewertung“	33
Tab. B- 6: Themen im Cluster „Soziale Kapazitäten und Prozesse“	35
Tab. B- 7: Themen im Cluster „Persönliche Kapazitäten und Prozesse“	36
Tab. B- 8: Themen im Cluster „Finanzielle und rechtliche Kapazitäten und Prozesse“	37
Tab. B- 9: Themen im Cluster „Politische Prozesse“	38
Tab. B- 10: Themen in kommunikationsbezogenen Handlungsoptionen	42
Tab. B- 11: Themen in umsetzungsbezogenen Handlungsoptionen	43
Tab. B- 12: Gegenüberstellung der Perspektiven von BürgerInnen und Verwaltung/Politik -	44